

Herausgegeben vom  
Institut für Ost- und  
Südosteuropaforschung

IOS



# Südost- Forschungen

Band 72 • 2013

**DE GRUYTER**  
OLDENBOURG

## **„Neues Werk, neue Menschen“: Die Rekrutierung von Arbeitskräften für das albanische Stahlwerk „Stahl der Partei“<sup>1</sup>**

VISAR NONAJ (Regensburg)

„The project [of the ‚Steel of the Party‘ Metallurgical Combine at Elbasan] was a living expression of the correct, determined and farsighted policy of the Party of Labour of Albania, which defended and corroborated its instruction in the face of cunning and pressure exerted by the revisionists, thus making a reality this big project which is the pride of our socialist victory.“<sup>2</sup>

Das Kombinat „Stahl der Partei“ war der größte Industriebetrieb im sozialistischen Albanien. In seinen Werkbereichen waren alle Sektoren der albanischen Schwerindustrie vertreten. Zu diesem Komplex gehörten 520 Bauten, 47 km Eisenbahnstrecken innerhalb des Werksgeländes und 22 km Asphaltwege.<sup>3</sup> Richtig fertiggestellt wurde es nie, da die finanziellen Engpässe Albaniens<sup>4</sup> eine Fortsetzung der Bauarbeiten nach der Fertigstellung der Nickel-Kobalt-Fabrik 1988 nicht zuließen. Das Kombinat war zugleich der größte Umweltverschmutzer Albaniens und Verursacher vieler Berufskrankheiten. Seine Entstehung veränderte die Stadt Elbasan auf tiefgreifende Weise. Sein Bau stellt eine Zäsur in der Geschichte der albanischen Industrialisierung dar und wurde von Hoxha in Analogie zum Zweiten Weltkrieg als die „zweite Befreiung Albaniens“ bezeichnet. In soziokultureller Hinsicht sollte durch „Stahl der Partei“ die Entstehung eines modernen Proletariats beschleunigt und die Mentalität der albanischen Landbevölkerung dergestalt verändert werden, dass Bräuche, die in den Augen des Regimes als rückständig galten und angeblich infolge der fremden Besetzungen (vorrangig der osmanischen) entstanden waren, neuen Eigenschaften Platz machen sollten, die im Einklang mit der marxistisch-leninistischen Ideologie standen. Gleich-

---

<sup>1</sup> Dieser Aufsatz ist im Rahmen eines Projektes zum Thema „Realsozialistische Industriearbeiterkulturen“ geschrieben worden, das in den Jahren 2011-2014 von der Fritz-Thyssen-Stiftung gefördert wird.

<sup>2</sup> Veniamin TOÇI, *Zhvillimi i industrisë në Shqipëri 1960-1980*. Tiranë 1989.

<sup>3</sup> Nach Kujtim BEVAPI (Hg.), *Elbasani-Enciklopedi*. Elbasan 2003, 294f.

<sup>4</sup> Für ausführliche Informationen dazu siehe Andreas WILDERMUTH, „Sich stützen auf die eigenen Kräfte“. *Die Wirtschaftspolitik Albaniens nach dem Zweiten Weltkrieg*. München 1995.

zeitig sollte dies auch der Stabilisierung des Regimes dienen, dessen außenpolitisches Taktieren binnenwirtschaftliche Folgen mit sich trug.

Die Arbeitskräfte, die zum Bau des Kombinats „Stahl der Partei“ in der mittelalbanischen Stadt Elbasan in den 1960er und 1970er Jahren rekrutiert wurden, stehen im Mittelpunkt dieser Betrachtung. Weder zu ihnen noch zum Kombinat selbst ist etwas in der Forschung geschrieben worden. Es muss betont werden, dass albanische Untersuchungen zu sozialgeschichtlichen Fragen, welche die kommunistische Zeit betreffen, im Allgemeinen kaum vorhanden sind. Durch diese Lage war ich gezwungen, mich vorrangig an Archivmaterialien zu orientieren. In diesem Artikel wird untersucht, inwiefern die Vorkehrungen, die das kommunistische Regime getroffen hatte, um das Stahlwerk während seiner Errichtung und Inbetriebnahme mit Arbeitskräften zu versorgen, sich als effizient erwiesen und inwiefern die Umsetzung der Maßnahmen in der Realität den Plänen der kommunistischen Führung entsprach. Die Beantwortung dieser Frage ist besonders wichtig, nicht nur um einen Einblick ins Betriebsleben des Kombinats und die Ausgestaltung der sozialen Beziehungen unter den verschiedenen Akteuren zu bekommen, sondern auch, um etwas über die Funktionsweise des albanischen Sozialismus zu erfahren. Zuerst wird im Aufsatz auf die Forschungslage zum Elbasaner Stahlwerk im Allgemeinen eingegangen, um anschließend die Bedeutung des Werkes „Stahl der Partei“ für die Führer der Partei der Arbeit Albaniens (PAA) herauszuarbeiten. Es wird dabei auch auf ähnliche Projekte eingegangen, die in anderen Staaten des Ostblocks verwirklicht wurden, und die dem kommunistischen Albanien als Vorbilder gedient haben dürften. Die Rekrutierungsmaßnahmen, die diese Staaten zur Unterhaltung ihrer Stahlwerke getroffen haben, werden in einer kurzen Darstellung umrissen, um zu analysieren, inwiefern sich die Wirtschaftsplaner in Albanien von diesen Erfahrungen haben beeinflussen lassen, um so eventuelle Parallelen oder Besonderheiten festzustellen.

Im zweiten Teil werden die konkreten Pläne geschildert, die erarbeitet wurden, um genügend Arbeiter für das Stahlwerk zu rekrutieren. Dabei wird auf die Rolle der Stadt Elbasan für die Bereitstellung einer bedeutenden Anzahl an Arbeitskräften eingegangen sowie auf einige Aufgaben, die die Planer genderspezifisch ausgearbeitet hatten, um möglichst viele männliche Arbeitskräfte für den Bau des Kombinats freizustellen. Bei den Planungen wurde die Migration von Arbeitskräften berücksichtigt, und man bemühte sich, diese durch unterschiedliche Gesetzeserlasse zu kontrollieren. Die Effektivität dieser Maßnahmen wird ebenso untersucht wie die Strategien, welche die drei Akteursebenen *Vertreter der Staatsmacht – Betriebsführungspersonal – Arbeiter* entwickelten, um sich an die ideologischen Vorgaben zu halten und zugleich mit der täglichen Praxis zurechtzukommen. Beleuchtet wird dabei die Zusammenarbeit zwischen den lokalen Stellen und den zentralen Instanzen, wenn es darum ging, die Maßnahmen in die Tat umzusetzen. Die Qualifikation der Arbeitskräfte ist ein Aspekt, der ebenso Berücksichtigung finden wird wie die Frage der Fluktuation, da dies zwei bestimmende Faktoren für die Messung der Effizienz des Stahlwerks sind. Bei der Ausbildung der künftigen Arbeiter leisteten die chinesischen Partner einen wichtigen Beitrag, dessen Ausmaß in diesem Aufsatz ebenfalls beschrieben wird.

## Die Quellenlage zur Arbeiterrekrutierung für den Bau und Betrieb des Stahlwerks

Bedingt durch komplizierte politische Verhältnisse und finanzielle Schwierigkeiten steckt die zeithistorische Forschung in Albanien noch in ihren Anfängen, was umso mehr gilt, wenn es um sozial- oder wirtschaftshistorische Aspekte der Zeitgeschichte geht. Es ist deshalb nicht überraschend, dass man von der bisherigen Forschung nichts darüber erfährt, wie die Arbeiter für den Bau des Kombinats „Stahl der Partei“ rekrutiert wurden. Wenn man die offiziellen Pressequellen wie die Zeitung der PAA „Zëri i Popullit“ [Die Stimme des Volkes], das Organ der Gewerkschaften „Puna“ [Die Arbeit], die Regionalzeitung des Kreises Elbasan „Shkumbini“ (benannt nach dem Fluss, der durch das Gebiet fließt) oder die Kombinatszeitung mit dem bezeichnenden Namen „Metalurgu“ [Der Metallurg] durchblättert, stellt man ohne Überraschung fest, dass sie keine kritischen Darstellungen zu diesem Punkt enthalten, sondern in höchsten Tönen lobend über die Begeisterung und den revolutionären Geist berichten, mit dem die Freiwilligen an den Aktionskampagnen zum Bau verschiedener Werke des Stahlwerks teilgenommen hätten. Der Leser erfährt, wie einfache Arbeiter oder Facharbeiter aus Dutzenden von Betrieben sich dazu bereit erklärt haben, nach Elbasan zu gehen, um so dem Aufruf der Partei zu folgen. Der heutige Betrachter würde nicht auf die Idee kommen, dass es jemals Probleme bei der Anwerbung von Arbeitskräften gegeben hätte, vor allem wenn man Sätze wie den folgenden liest: „Aus der Baustelle [...] wollten viele in Elbasan arbeiten, aber es wurden unter ihnen nur zehn ausgewählt.“<sup>5</sup> Unabhängig von der Altersgruppe, vom Bildungsgrad oder von der sozialen Herkunft warteten die Menschen angeblich nur darauf, „an der zweiten Befreiung Albanien“ aktiv teilzunehmen und scheuten demnach keine Opfer; sogar Rentner würden sich zum Bau des Kombinats freiwillig melden.<sup>6</sup> Das revolutionäre Bewusstsein sei nicht nur auf die Region um Elbasan beschränkt, sondern würde das ganze Land erfassen.<sup>7</sup>

Man kann dennoch manchmal erahnen, dass die Arbeiten nicht so vor sich gingen, wie es geplant war. In der Presse wird vor der Gefahr gewarnt, dass Fristen überschritten werden oder Abgabetermine nicht eingehalten werden können. Die Gründe dafür werden selten öffentlich gemacht, es sei denn, die Ursachen für die Verzögerungen bestehen in Naturkatastrophen, oder die Schuld kann der Sabotagearbeit der ausländischen Imperialisten und Revisionisten in die Schuhe geschoben werden. In solchen Fällen stehen, laut diesen Presseberichten, die Freiwilligen bereit, um die Engpässe überwinden zu helfen, wie es bei der Beschleunigung der Arbeiten zum Bau der Fabrik Nr. 12 oftmals der Fall war. Allerdings diente die Aktionsarbeit der Freiwilligen nicht

<sup>5</sup> Dhjetëra vullnetarë për në kombinatin metalurgjik, *Shkumbini* vom 22.11.1973, S. 1.

<sup>6</sup> Der Rentner Pertef Sejdo erklärt in einem Brief an das Kreispartei Komitee den Wunsch, ein Jahr freiwillig beim Bau des Kombinats mitzuarbeiten. Siehe: Shprehje e vënies së interesit të përgjithshëm mbi gjithçka, *Shkumbini* vom 11.12.1971, S. 1.

<sup>7</sup> Aksionistë të rinj në kombinat, *Metalurgu* vom 9.2.1978, S. 2.

nur dazu, das Stahlwerk möglichst schnell in Betrieb zu nehmen und die Planvorgaben zu erfüllen. Ein mindestens ebenso wichtiger Grund ist das Bestreben der Führung, durch „schöpferische“, schichtenübergreifende Arbeit den neuen sozialistischen Menschen zu gestalten, eine homogene Gemeinschaft zu formen, welche die regionalen oder religiösen Unterschiede überwindet, um so den nationalen Zusammenhalt der Albaner zu festigen. So ist in einer „Metallurg“-Ausgabe des Jahres 1978 von 1000 jungen Männern und Frauen zu lesen, die in den Monaten Januar und Februar aus Fabriken oder dörflichen Gemeinden mehrerer Landkreise gekommen seien, um im Stahlwerk zu arbeiten und die „durch ihr Herzensfeuer“ der Stadt „neues Leben einhauchten“.<sup>8</sup>

Die Archivunterlagen verschiedener Ministerien, des Zentralkomitees der PAA, der Staatlichen Planungskommission sowie anderer staatlicher und politischer Organisationen sprechen allerdings eine andere Sprache. Das Kombinat wurde mit Arbeitskräften versorgt, aber in Wirklichkeit verlief die Rekrutierung nicht so reibungslos, wie in der Öffentlichkeit verbreitet wurde. Es herrschte ein chronischer Mangel an Facharbeitern, nicht alle Landkreise entsandten die Anzahl an Arbeitern, die sie versprochen hatten, und manchmal versuchten sie, dies zu kaschieren. Die Landkreise kamen den Anforderungen der zentralen Stellen zwar nach, aber meist mit Verzögerung, so dass es bei den Bauarbeiten zu Engpässen kam, die andere Komplikationen bei der Arbeitsorganisation verursachten. In den Akten des Ministeriums für Industrie und Bergwerke ist zu lesen, dass im Kombinat und in anderen Unternehmen auch Arbeitskräfte eingestellt wurden, die die Genossenschaften regelwidrig verlassen hatten, wodurch der illegalen Migration Vorschub geleistet wurde. Infolgedessen bemühte man sich, die Beschäftigung in der Stadt mittels bürokratischer Maßnahmen noch stärker zu reglementieren als zuvor.

Aus verschiedenen Fonds wird ersichtlich, dass nicht alle Berufe in befriedigender Weise besetzt wurden. Einige, wie der des Metallarbeiters, wurden von den Angeworbenen gemieden, und diese leisteten manchmal sogar Widerstand gegen eine Qualifizierung in der für sie bestimmten Tätigkeit.

Den Akten der Gewerkschaften wiederum ist zu entnehmen, dass die freiwillige Arbeit bei den Aktionskampagnen nicht so leicht funktionierte, wie es in der Presse berichtet wurde. Es gab Organisationsschwierigkeiten, und die Beziehungen zwischen den Freiwilligen und dem qualifizierten Stammpersonal des Stahlwerks gestalteten sich schwierig. Eine gemeinsame Klassenidentität und ein Klassenbewusstsein mussten noch gebildet werden, die Parteistrukturen mussten noch viel Arbeit leisten. Abgesehen davon scheint das Verhalten der Freiwilligen – vor allem der jungen – nicht immer dem Bild des „neuen sozialistischen Menschen“ entsprochen zu haben.

Man sollte dabei jedoch nicht den Eindruck bekommen, dass bei den Bauarbeiten und der Inbetriebnahme des Kombinats alles schlecht lief und die Dokumente belegen würden, dass seine Instandhaltung ein einziges Desaster gewesen sei. Die Vorhaben wurden letztendlich verwirklicht, und im Großen und Ganzen wurden die Fristen eingehalten, obwohl die Komplikationen, die die Staatsführung durch die Gestaltung

<sup>8</sup> Ebenda.

der Beziehungen mit den chinesischen Verbündeten und die Einhaltung politischer Richtlinien wie „Vertrauen in die eigene Kraft“ verursachte, die Arbeiten zusätzlich erschwerten. Es geht hier jedoch darum, auf die Kluft hinzuweisen, die zwischen der ideologisierten Wahrheit des Hoxha-Regimes und den realen Umständen, die den Alltag bei der Entstehung des Kombinats begleiteten, bestand. In den öffentlichen Reden verschiedener Partei- und Staatsführer, von anderen Personen in hoher Stellung innerhalb der Kombinatshierarchie sowie von lokalen Größen wird auf irgendwelche Rekrutierungsschwierigkeiten oder generell auf den Punkt Rekrutierung mit keinem Wort eingegangen. Vielmehr wird die Bereitschaft zur freiwilligen Arbeit betont, die in allen Schichten der Nation vorhanden sei und meist zur Übererfüllung der Planfristen und zum Abschluss der Arbeiten vor dem angegebenen Abgabedatum beitrage. Ähnliche Botschaften beinhalten auch verschiedene schriftliche Quellen aus der Zeit vor der Wende.

Die Memoiren von Zeitgenossen, die nach 1990 veröffentlicht worden sind, können als historische Quellen der Ereignisgeschichte betrachtet werden. Auf den Aspekt der Arbeiterrekrutierung gehen sie in keiner Weise ein, sondern berichten eher über den Ablauf der Bauarbeiten. Sekundärliteratur zur Sozialgeschichte während des kommunistischen Regimes ist in Albanien nach der Wende kaum publiziert worden. Wenn es Publikationen zu Elbasan gibt, dann sind sie in erster Linie in Zeitungen zu finden und betreffen vornehmlich die Umweltgeschichte, gehen aber nicht auf den Punkt „Migration“ ein. Indirekte Angaben zu den Migrationszahlen kann man den Statistischen Jahrbüchern entnehmen, sonstige veröffentlichte Quellen sind nicht identifiziert worden.

### **Die Bedeutung von Stahlwerken für die sozialistischen Staaten**

Die Metallurgie hatte eine besondere Bedeutung in den kommunistischen Plänen zum Aufbau einer Schwerindustrie. Stalin bezeichnete sie als „die Haupttriebfeder der gesamten Industrie“, und ihre Entwicklung als „Grundlage des Wachstums der gesamten Industrie und der Volkswirtschaft überhaupt“.<sup>9</sup> Eine entwickelte Stahlindustrie galt als Garant der Sicherheit vor Gefahren aus dem feindlichen Ausland. Stahl wurde mit Stalin assoziiert, und abgesehen davon verband man mit ihm eine Reihe von Eigenschaften, die die Kommunisten auch sich selbst zuschrieben: Härte, Widerstandsfähigkeit, Belastbarkeit, Ausdauer, Modernität und Männlichkeit.<sup>10</sup> Der Aufbau einer Stahlindustrie wurde mit der Stärkung der nationalen Souveränität in Beziehung gesetzt. Ohne den Aufbau einer Schwerindustrie mit der Metallindustrie als Speerspitze sahen die

---

<sup>9</sup> Siehe Josef W. STALIN, Werke, Bd. 7. Berlin 1952, 112.

<sup>10</sup> Siehe dazu Ulf BRUNNBAUER, „Die sozialistische Lebensweise“. Ideologie, Gesellschaft, Familie und Politik in Bulgarien (1944-1989). Wien 2007, 172.

kommunistischen Staaten die eigene Selbständigkeit immer in Frage gestellt, und sie betrachteten die Metallurgie als die sozialistische Industrie schlechthin.<sup>11</sup>

Diese Sichtweise galt in besonderer Weise für den kommunistischen Führer Albaniens. Laut Aussagen Enver Hoxhas hatten die Planungen für den Bau eines Stahlwerks in Albanien recht früh begonnen, mussten aber infolge von Divergenzen, unter anderem in entwicklungspolitischer Hinsicht, und infolge des anschließenden Abbruchs der Beziehungen mit der Sowjetunion und den übrigen Ländern des Ostblocks verschoben werden.<sup>12</sup> Da der neue chinesische Verbündete keinerlei Vorbehalte gegenüber einer forcierten Entwicklung der Schwerindustrie hatte, sondern im Gegenteil, sie ideologisch und finanziell befürwortete, konnte diese Aufgabe in Angriff genommen werden, um aus einem, im Parteijargon, „landwirtschaftlich-industriellen Land“<sup>13</sup> ein industrielles Land zu machen, das sich selbst versorgen könne und wirtschaftliche Engpässe, die durch wechselnde politische Allianzen zur Wahrung der nationalen Unabhängigkeit entstehen konnten, überwinden würde.

Die Wichtigkeit des Stahlwerks bestand jedoch nicht allein im Wirtschaftlichen: Sein Bau war eine bedeutende Investition für die Industrialisierung Albaniens, aber auch ein Beitrag für die Schaffung des Neuen Menschen albanischer Prägung. Mithilfe des industriellen Großprojekts, bei dessen Verwirklichung sich Menschen aus den verschiedensten Regionen des Landes beteiligen würden, würde die nationale Gemeinschaft gestärkt werden. Der Partei, den Gewerkschaften und übrigen Massenorganisationen stand die Aufgabe zu, die jungen Metallurgen, angefangen beim einfachen Arbeiter und Techniker und bis hin zum Ingenieur und Leiter, ideologisch-politisch und beruflich zu erziehen.<sup>14</sup>

### **Projekte von Stahlwerken in den anderen Ländern des Ostblocks**

Albanien war nicht das einzige Land, das solch symbolhafte Projekte in die Tat umzusetzen versuchte, auch in mehreren anderen sozialistischen Staaten waren Stahlwerke errichtet worden. Den RGW-Staaten diente das sowjetische Vorzeigeprojekt Magnitogorsk als Vorbild, das südlich des Urals zur Zeit der stalinistischen Industrialisierung gebaut worden war. Hier wurde im Rahmen des ersten Fünfjahresplans im Jahre 1929 mit der Errichtung eines Stahlwerks begonnen,<sup>15</sup> das als Grundlage für die Entstehung einer Stadt diente, die als Beweis für die Zukunftsgewandtheit des neuen Staates dienen

<sup>11</sup> So Lenin, zitiert nach STALIN, Werke, Bd. 7, 112.

<sup>12</sup> TOÇI, Zhvillimi i industrisë në Shqipëri, 31f.

<sup>13</sup> ENVER HOXHA, Raport në Kongresin IV të PPSH „Mbi aktivitetin e Komitetit Qendror të Partisë së Punës të Shqipërisë“, 13.2.1961, in: DERS., Vepra, Bd. 20. Tiranë 1976, 79-292.

<sup>14</sup> So Hoxha bei seinem Bericht vom 1.11.1976 auf dem 7. Kongress der PAA; siehe DERS., Raport mbi veprimtarinë e Komitetit Qendror të PPSH. Tiranë 1976.

<sup>15</sup> Stephen KOTKIN, Magnetic Mountain. Berkeley/CA 1995, 39.

sollte. Zur Rekrutierung neuer Arbeiter wurden Verträge mit Kolchosen geschlossen, die dann Arbeitskräfte entsenden sollten. Allerdings hatte diese Art der Anwerbung nur mäßigen Erfolg, da die Kolchosen selbst auf Arbeitskräfte angewiesen waren und die Arbeitssuchenden die Wohn- und Arbeitsbedingungen in Magnitogorsk als unzumutbar empfanden. Deshalb versuchte man, den chronischen Arbeitskräftemangel durch Anwerber, die von der Werksleitung engagiert wurden, zu kompensieren. Auch sollten durch die Unterstützung der staatlichen Propaganda sowie mittels Anreizen wie freien Fahrtkosten, Lebensmittelkarten und hohen Löhnen Angestellte, die wenigen Facharbeiter sowie arme Bauern zur Arbeitsaufnahme in Magnitogorsk bewegt werden. Mithilfe von Boni und zusätzlichen Vorteilen versuchte das Management, die Arbeitsmotivation zu erhöhen und die Arbeitskräftefluktuation möglichst gering zu halten.<sup>16</sup> Die qualifizierten Arbeiter kontrollierten praktisch den Produktionsprozess, da sie aufgrund ihrer geringen Anzahl sehr gesucht waren.

Der Bau von Stahlwerken in Polen, der Tschechoslowakei und der DDR stellte den Versuch dieser Länder dar, ihre Strukturen nach dem stalinistischen Modell der Industrialisierung zu formen. Dabei bestand das größte Problem dieses Weges darin, dass er unabhängig vom Industrialisierungsstand eines Landes verfolgt wurde. Die Tschechoslowakei und die DDR verfügten bereits über ausgebildete industrielle Strukturen und gehörten schon vor dem Zweiten Weltkrieg zu den entwickelten Industrienationen. Auch das Arbeitskräftepotential war in allen drei Ländern im Vergleich zur Sowjetunion sehr unterschiedlich. Zum Stahlwerk von Nowa Huta in Polen kamen beispielsweise vor allem Bauern, die einen Industrierberuf erst noch erlernen mussten. In den Stahlwerken von Kunčice in der Tschechoslowakei und in der StalinStadt (spätere Eisenhüttenstadt) bzw. Eisenhüttenkombinat-Ost (EKO) in der DDR wurden vor allem Arbeiter aus anderen Industriebranchen rekrutiert, die umlernen mussten.<sup>17</sup>

In Nowa Huta wurden die Arbeiter nur kurz angelehrt, was zur Folge hatte, dass sie ihre Arbeit kaum selbständig ausführen konnten. Schon zu Anfang bestand ein großer Mangel an qualifizierten Fachkräften. Die von den Betrieben organisierten Qualifizierungsmaßnahmen führten nicht zu der erhofften Entspannung. Auch herrschte durch die überall im Lande einsetzenden Wiederaufbauarbeiten ein chronischer Mangel an Bauarbeitern. Dasselbe Bild zeigte sich im tschechoslowakischen Stahlwerk in Kunčice: auch dort wurden ständig mehr Menschen gebraucht, als tatsächlich angeworben werden konnten. Darüber hinaus waren viele slowakische Arbeiter, die dort tätig waren,<sup>18</sup> überwiegend ländlicher Herkunft, das heißt ohne industrielle Ausbildung. Das Stahlwerk

---

<sup>16</sup> Katharyne MITCHELL, *Work Authority in Industry. The Happy Demise of the Ideal Type*, *Comparative Studies in Society and History* 34 (1992), H. 4, 679-694, 690.

<sup>17</sup> Dagmara JAJESNIAK-QUAST, *Stahlgiganten in der sozialistischen Transformation. Nowa Huta in Krakau, EKO in Eisenhüttenstadt und Kunčice in Ostrava*. Wiesbaden 2010 (Studien zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Ostmitteleuropas, 20), 102.

<sup>18</sup> 1951 betrug ihr Anteil an der Belegschaft 43 %: ebenda, 106.

wurde immer wieder von wichtigen Vertretern der Industrialisierungspläne aufgesucht, die dann im ganzen Land für sie warben.

Dem Eisenhüttenkombinat Ost (EKO) in Eisenhüttenstadt standen am Anfang viele aus Schlesien stammende und mit einem erlernten Industrierberuf ausgestattete Aussiedler zur Verfügung. Auch aus den aufgelösten kleineren Werken in der Umgebung kamen viele Arbeitskräfte ins Stahlwerk. Die meisten Arbeiter des EKO hatten schon früher der Arbeiterschaft angehört. Es zeigte sich jedoch bald, dass das Problem des Arbeitskräftemangels unter anderem aufgrund der Abwanderung nach Westdeutschland nirgendwo ausgeprägter war als in der DDR. Auch war dort die Rekrutierung von Arbeitskräften vom Lande streng untersagt, weil in der Landwirtschaft Facharbeiter noch dringlicher benötigt wurden.

Arbeitskräftedefizite wurden in der DDR mit der Einführung unzähliger Überstunden sowie der Einbeziehung von Jugendbrigaden, des Militärs und sogar von Strafgefangenen zu mildern versucht. Landesweite Werbung förderte auch die Migration von Arbeitskräften. Die Werbung geschah in Form von organisierten Besuchen der Arbeiter und ihrer Familien in Eisenhüttenstadt, über individuelle Gespräche bis hin zum Einsatz von Werbebroschüren, Flugblättern oder Plakaten. In Eisenhüttenstadt wurden in den fünfziger Jahren bis zu 75 Prozent des Arbeitskräftebedarfs dadurch gewonnen. In den 1960er Jahren sollten sogenannte Spätaussiedler aus Polen im EKO beschäftigt werden.<sup>19</sup>

In allen drei Ländern wurde die berufliche Aktivierung der Frauen gefördert, wenn auch aus unterschiedlichen Gründen. In Polen wollte man zusätzliche Arbeitskräfte gewinnen, ohne dafür zusätzliche Wohnungen bauen zu müssen. In der DDR war aufgrund des Frauenüberschusses und des allgemeinen Arbeitskräftemangels eine Qualifizierung und Steigerung der Quote erwerbstätiger Frauen von hoher Dringlichkeit. Deshalb war der Frauenanteil dort von Anfang an höher als im polnischen Werk.<sup>20</sup> Trotz der enormen Zuwanderung blieb der Mangel an qualifizierten Arbeitskräften in Nowa Huta, Eisenhüttenstadt und Kunčice bis zum Ende der sozialistischen Ära bestehen.

Bulgarien hatte eine ähnliche wirtschaftliche Struktur wie Albanien. Die Zahl der Industriearbeiter war in beiden Ländern vor 1945 sehr gering. In Albanien war die Arbeiterschaft als Klasse zur Zeit der kommunistischen Machtergreifung gar nicht vorhanden. 1950 betrug der Anteil der Beschäftigten in Industrie, Bergbau und Bauwirtschaft in Albanien 7 Prozent und in Bulgarien 11,4 Prozent.<sup>21</sup> Ebenso wie die albanischen beabsichtigten auch die bulgarischen Kommunisten, eine ökonomische Industrialisierung nach sowjetischem Modell durchzuführen (vgl. Tabelle 1). 1956

---

<sup>19</sup> Ebenda, 112.

<sup>20</sup> Der Frauenanteil in Nowa Huta überstieg niemals 22%, während er im EKO schon 1954 28,2% betrug und in den folgenden Jahrzehnten weiter stieg, ebenda, 128.

<sup>21</sup> Ulf BRUNNBAUER, *Gesellschaft und gesellschaftlicher Wandel in Südosteuropa nach 1945*, in: Konrad CLEWING / Oliver Jens SCHMITT (Hgg.), *Geschichte Südosteuropas. Vom frühen Mittelalter bis zur Gegenwart*. Regensburg 2011, 651-707, 669.

**Tabelle 1. Struktur der Beschäftigung (1930-1990).**

	<i>Jahr</i>	<i>Industrie, Bergbau, Bauwirtschaft</i>	<i>Dienstleistungen, Han- del, Verkehr, Verwaltung</i>	<i>Land- und Forstwirtschaft</i>
<i>In Prozent</i>				
Albanien	1930	18,00		82,0
	1950	7,0	8,0	85,0
	1960	15,0	17,9	66,5
	1970	29,1	18,7	52,2
	1980	30,9	18,4	51,4
	1989	31,0	18,5	50,5
Bulgarien	1934	8,0	12,0	80,0
	1950	11,4	9,1	79,5
	1960	27,1	17,4	55,5
	1970	38,8	25,4	35,8
	1980	43,4	32,8	23,8
	1989	45,3	36,0	18,7

Quelle: BRUNNBAUER, Gesellschaft und gesellschaftlicher Wandel, 669. Die Daten in dieser Tabelle sollten eher als Richtwerte denn als genaue Zahlen betrachtet werden, da die Angaben sozialistischer Statistiken nicht ohne Weiteres vertrauenswürdig sind. Außerdem wurden verschiedene Berechnungsverfahren angewandt, welche die Daten nicht immer vergleichbar machen.

hatte die Führung der BKP beschlossen, beim Dorf Kremikovci nahe der Hauptstadt Sofia ein Stahlkraftwerk zu bauen, das jährlich eine Million Tonnen Stahl sowie 1,4 Millionen Tonnen Koks produzieren sollte. Das Projekt sollte mithilfe der Sowjetunion verwirklicht werden, die insgesamt über 2000 Spezialisten schickte. Die meisten Bauarbeiten wurden bis zum Ende der 1970er Jahre abgeschlossen.<sup>22</sup>

Die bulgarischen Wirtschaftsplaner hatten vorgesehen, dass 30 Prozent der Bauarbeiter aus Sofia kommen sollten. Diese Zahl erwies sich jedoch als zu optimistisch, deshalb wurden in erster Reihe ungelernete Arbeiter vom Lande sowie Jugendbrigaden, die vom Komsomol zusammengestellt waren, eingesetzt. Viele Facharbeiter wurden im Lenin-Werk in Pernik angeheuert. Die Arbeits- und Wohnbedingungen in Kremikovci waren jedoch viel zu schlecht, um auf Arbeiter aus anderen Betrieben attraktiv zu wirken. Auch nach der Fertigstellung war das Stahlwerk für potentielle Arbeitskräfte kein attraktiver Arbeitsort.<sup>23</sup>

Durch andere Anreize versuchte man die Anziehungskraft der Arbeitsplätze zu erhöhen. So konnten die Arbeiter des Kombinats in den Besitz eines Wohnrechts in Sofia kommen, und es wurden ihnen spezielle Lohnprämien bezahlt. Wehrpflichtige, die

<sup>22</sup> BRUNNBAUER, „Die sozialistische Lebensweise“, 177.

<sup>23</sup> Ebenda, 189-195.

sich bereit erklärten, über fünf Jahre in Kremikovci zu arbeiten, wurden vom Dienst an der Waffe befreit. Außerdem wurden Maßnahmen zur gezielten Anwerbung in türkischen Dörfern, zum Einsatz von Strafgefangenen und zur Einstellung vietnamesischer Vertragsarbeiter getroffen. Trotzdem waren aufgrund des hohen Fluktuationsgrades und des Fehlens einer industriellen „Reserve“ sowohl während der Bauarbeiten als auch danach Arbeiter mit einer gewissen beruflichen Qualifizierung im Stahlwerk von Kremikovci besonders rar.<sup>24</sup>

### **Planungsmaßnahmen zur Beschaffung von Arbeitskräften**

Die oben genannten Beispiele waren im Ganzen betrachtet diejenigen Stahlwerk-Projekte, die dem albanischen Vorhaben zum Bau von „Stahl der Partei“ vorangingen. Der Bau des Elbasaner Stahlwerks hätte nicht unbedingt zu einem – im Vergleich zu denjenigen in den anderen osteuropäischen Staaten – derart späten Zeitpunkt erfolgen müssen. Ministerpräsident Mehmet Shehu erklärte in einer Rede im Jahre 1966, die Annullierung der Abkommen zwischen der Sowjetunion, den anderen Ostblockstaaten und Albanien über den Bau von industriellen Objekten habe den Beginn der Bauarbeiten des Stahlwerks um drei Jahre verschoben.<sup>25</sup> Während des III. Fünfjahresplanes hatte man mit dem Bau der Fabrik für Schwarzmetallurgie angefangen, obwohl er zu einem späteren Datum geplant war. Am 17. Oktober 1966 – einen Tag nach Hoxhas Geburtstag – wurden die Bauarbeiten feierlich abgeschlossen.

Das Kombinat „Stahl der Partei“, das im Zeichen der Förderung der Rohstoff- und Verarbeitungsindustrie stand, sollte das größte Werk des V. Fünfjahresplans sein. Die Führung der Partei der Arbeit war der Ansicht, Fortschritte in diesen Bereichen würden Albanien der erhofften wirtschaftlichen Autarkie näher bringen und dem Land einen größeren politischen Spielraum ermöglichen. Großprojekte wie das Stahlwerk mit einer Jahresproduktionsmenge von 800 000 Tonnen Eisen-Nickel, die Erdölraffinerie von Ballsh mit einer jährlichen Verarbeitungskapazität von 1 000 000 Tonnen Erdöl und das Wasserkraftwerk von Fierzë mit einer Kapazität von 500 000 MW sollten dieses Ziel verwirklichen helfen.<sup>26</sup>

Der Anteil der Investitionen, welche die Regierung für das Kombinat „Stahl der Partei“ und für das Wasserkraftwerk von Fierza „Licht der Partei“ geplant hatte, betrug 41 Prozent der Gesamtinvestitionen des Fünfjahresplans. Im Elbasaner Stahlwerk sollten 12 000 Menschen arbeiten, in der Mehrheit Männer. Dies bedeutete nahezu eine Verdoppelung der Zahl der Erwerbstätigen vor Ort, wenn man berücksichtigt, dass im

---

<sup>24</sup> Siehe dazu BRUNNBAUER, „Die sozialistische Lebensweise“, 189-201.

<sup>25</sup> Mehmet SHEHU, Raport mbi direktivat e Kongresit V. të PPSH për planin e katërt pesëvjeçar të zhvillimit ekonomik e kulturor të RPSH për vitet 1966-1970. Tiranë 1966, 16.

<sup>26</sup> Peter PRIFTI, *Socialist Albania since 1944. Domestic and Foreign Developments*. Cambridge 1978.

Jahre 1963 in Elbasan insgesamt 13 500 Menschen tätig waren.<sup>27</sup> In der ersten Etappe der Bauarbeiten sollten sehr viele Arbeiter aus dem Umland und den benachbarten Landkreisen hinzugezogen werden, was den Bau neuer Wohnungen, Schulen, Kindergärten und -krippen, eine Erweiterung des Handelsnetzes, des Gemeindewesens und des Gesundheitsnetzes sowie eine Verbesserung der Lebensmittelversorgung erforderte.

Den Regierenden war bewusst, dass die Masse derjenigen, die die Bauarbeiten des Kombinats ausführten, einfache Arbeiter ohne jegliche Berufsqualifizierung sein würden. „Stahl der Partei“ war die erste Industrieanlage dieses Ausmaßes, die in Albanien gebaut wurde, und da das Land keine industrielle Tradition vorzuweisen hatte, verfügte es nicht über eine solide, berufserfahrene Arbeiterklasse. Diese hatte als sozialer Akteur bis weit in die Jahre des sozialistischen Regimes hinein nur eine marginale Rolle gespielt. Die Mehrheit der Arbeiter wohnte noch auf dem Lande, und die strengen Vorschriften des Regimes zur Migrationsbeschränkung ließen eine unkontrollierte Veränderung sozialer Strukturen nicht zu.

Damit die Kosten für die Unterbringung der Zuzügler möglichst niedrig blieben, betrachteten es die lokalen Machtorgane sowie die zentralen Institutionen als eine primäre Aufgabe, die freien Arbeitskräfte der Städte und Dörfer im Elbasaner Kreis massiv einzusetzen, da sie sich dadurch Einsparungen bei infrastrukturellen Ausgaben wie etwa Transportkosten oder beim Wohnungsbau erhofften.

Auch unter einem anderen Gesichtspunkt wurde eine Rekrutierung von Arbeitskräften aus dem Umland als nützlich betrachtet. Die betroffenen Arbeiter würden, so die Überlegung, ihre Familien im Dorf zurücklassen, was größere staatliche Aufwendungen beim Wohnungsbau unnötig machen würde. Gleichzeitig würden diese Arbeiter, indem sie am Wochenende die eigenen Familien besuchten, die sozialistische Ideologie auf dem Lande verbreiten helfen.

Damit eine größere Anzahl an männlichen Arbeitskräften im Kombinat beschäftigt werden konnte, war geplant, diese in einigen Tätigkeitsbereichen in der lokalen Wirtschaft durch Frauen zu ersetzen. Dazu war ein gewisses Potential vorhanden, da in Elbasan 1963 die Mehrheit der 1 200 Arbeitslosen Frauen waren.<sup>28</sup> Abgesehen davon wurde mit dem Gedanken gespielt, Frauen in verstärktem Maße in der Landwirtschaft zu beschäftigen, da gehofft wurde, dass in diesem Sektor durch eine zunehmende Mechanisierung weniger harte körperliche Arbeit notwendig sein werde und männliche Arbeitskraft freigestellt werden könne. Die Mechanisierung der Landwirtschaft konnte aber nicht ohne ausgebildete Fachkräfte realisiert werden, weshalb das Exekutivkomitee von Elbasan der Staatlichen Planungskommission (SPK) vorschlug, die künftigen Facharbeiter in MTS sowie in der landwirtschaftlichen Schule im benachbarten Kreis

---

<sup>27</sup> Vgl. hierzu: Arkivi Qendror i Shtetit (AQSh), Komisioni i Planit të Shtetit, 495, 1963/77, S. 1-106.

<sup>28</sup> Es sollte berücksichtigt werden, dass dies die offizielle und nicht die tatsächliche Zahl war. Man kann vermuten, dass die eigentliche Zahl weitaus größer war, da viele Hausfrauen sich nicht arbeitslos meldeten: ebenda, S. 1.

**Tabelle 2. Der Arbeitskräftebedarf für das Metallurgische Kombinat (1971-1976).**

	1971	1972	1973	1974	1975	1976	<i>Insgesamt 1971-1976</i>
Arbeiter	510	625	3 489	3 360	2 075	1 250	11 309
Mittlere Kader	84	79	161	267	56	24	679
Höhere Kader	42	61	77	118	13	21	332

Quelle: AQSh, KQ i PPSH, 14, 1972, 169, S. 15. Die Angaben umfassen auch den Bedarf der Nickel-Kobalt-Fabrik und des Kalksteinbruchs in Metaj. Letzterer war eine wichtige Rohstoffquelle des Kombinats.

Durrës auszubilden. Zur Freistellung weiterer Arbeiter sollten einige Produktionsstätten für bestimmte Sortimente geschlossen und letztere in anderen Kreisen weitergeführt werden. Dieser Vorschlag betraf einen Handwerksbetrieb zur Schuhherstellung, einen Transportbetrieb für Eisen, einen Betrieb für die Herstellung und Reparatur von Metallsortimenten u. a.

Nichtsdestotrotz war der Bau des Stahlwerks ausschließlich durch lokale Arbeitskräfte nicht zu bewältigen. Den Berechnungen von Experten zufolge werde spätestens 1971 der Zuzug von 8 350 zusätzlichen Arbeitern notwendig sein (vgl. Tabelle 2).<sup>29</sup> Der Wachstumsrhythmus der Stadt werde erheblich verändert, da zu erwarten war, dass die meisten Arbeiter ihre Familien mitbringen würden.

Die meisten Arbeitskräfte sollten nach Elbasan aus den Nachbarkreisen Tirana, Durrës, Berat, Librazhd und Lushnja kommen. Es kamen aber auch viele Arbeitskräfte aus den Grenzkreisen Dibra im nordöstlichen und Korça und Gjirokastra im südlichen Albanien. Da es an Facharbeitern mangelte, wurden diese in jedem Kreis rekrutiert, wo es nur möglich war. Das Kombinat „Stahl der Partei“ sollte offenbar auch als eine Art Amboss dienen, auf dem der „neue sozialistische Mensch“ albanischen Antlitzes gestählt werden sollte, allerdings möglichst kostensparend.

### **Der tatsächliche Ablauf der Rekrutierungsprozesse**

Der Ministerrat und die Staatliche Planungskommission (SPK) hatten durch entsprechende Erlässe und Anweisungen die Eckpfeiler für die Rekrutierung der Arbeitskräfte durch die zuständigen Instanzen vor Ort festgelegt. Schon 1966 hatte Mehmet Shehu in seiner Funktion als Vorsitzender des Ministerrates ein Gesetzesprojekt vorgelegt, das die Möglichkeiten von Betriebsdirektoren, ungehindert Arbeitskräfte zu beschäftigen, stark einschränkte. In erster Linie sollte es die SPK sein, die den Exekutivkomitees der Landkreise das Kontingent an Arbeitskräften zuteilte, das sie erhalten oder in die Baustellen außerhalb des eigenen Kreises schicken würden. Die zuständigen Arbeitsämter

<sup>29</sup> Ebenda.

würden zuerst die offiziell Arbeitssuchenden aus den Städten zu den Betrieben schicken, deren Anträge auf Neueinstellungen bewilligt worden waren. Erst dann konnten die Arbeitssuchenden aus dem Umland angeworben werden: Wenn diese von ihrer Genossenschaft freigestellt wurden, konnten sie in der Stadt eine Tätigkeit aufnehmen. Ihr Arbeitsvertrag sollte jedoch auf höchstens zwei Jahre befristet sein. Sie mussten ihn vor Arbeitsaufnahme an der Arbeitsstelle vorzeigen und wieder in die Genossenschaften zurückkehren, wenn er abgelaufen war. Die Arbeitssuchenden anderer Kreise konnten nur dann eingestellt werden, wenn es im eigenen Landkreis keine Möglichkeit gab, freie Arbeitskräfte zu rekrutieren.<sup>30</sup>

Diese Vorschriften könnten den Eindruck entstehen lassen, ungehinderte Arbeitsmigration und die Rekrutierung von Arbeitskräften durch einzelne Unternehmen wären im sozialistischen Albanien eine Unmöglichkeit gewesen. Die Realität sah jedoch ganz anders aus: sowohl die Betriebe als auch Einzelpersonen versuchten diese Regelungen zu umgehen und hatten damit manchmal auch Erfolg. So wurde im Jahre 1971 vom Parteikomitee des Kreises Lezhë dem Zentralkomitee mitgeteilt, Mitglieder mehrerer Genossenschaften dieses Kreises hätten ihre Dörfer verlassen und wären ohne Erlaubnis des Exekutivkomitees in Betrieben anderer Kreise beschäftigt worden. In diesem Fall waren es sogenannte „kulakische Elemente“, die aus Lezhë nach Tirana, Durrës und Elbasan gezogen und von den dortigen Betriebsdirektoren eingestellt worden waren, ohne dass sie eine Arbeitserlaubnis oder einen Arbeitsvertrag vorweisen mussten. Das Zentralkomitee unterstrich in einem Mahnbrief an die Parteikomitees der erwähnten Kreise, dass solche Fälle zum wiederholten Male vorgekommen seien.<sup>31</sup>

Auch anderen staatlichen Institutionen entgingen die Gesetzesübertretungen in punkto Arbeiterrekrutierung nicht: In einer internen Besprechung der SPK wurde vermerkt, dass verschiedene Elbasaner Betriebe Arbeitskräfte auf dem Lande rekrutierten, obwohl es in der Stadt genügend Arbeitslose gab, und dass die lokalen Behörden dies stillschweigend geschehen ließen. In der ersten Hälfte des Jahres 1977 sei dies bei 1 500 Personen aus den Kreisen Elbasan, Tirana, Fier und Korçë der Fall gewesen.<sup>32</sup> Der Vorgang war eine eindeutige Verletzung der Rekrutierungsvorschriften, da sowohl die Betriebsleitung des Kombinats als auch die Leitungen anderer Industriebetriebe nur diejenigen Personen einstellen sollten, die von den Genossenschaften freigegeben worden waren, was hier nicht der Fall war. Außerdem wurde die Reihenfolge „eigener Landkreis – übrige Landkreise“ nicht respektiert. Die unkontrollierte Anwerbung entzog den Genossenschaften potentielle Arbeitskräfte und gefährdete ihre Leistungsfähigkeit.

Die Machtlosigkeit der örtlichen Behörden, die Verletzung der Arbeiterrekrutierungsvorschriften durch die städtischen Industriebetriebe von Elbasan – dazu zählt auch das Kombinat – zu unterbinden, zeigte sich in der Antwort des Elbasaner Kreispartei-

<sup>30</sup> AQSh, Komisioni i Planit të Shtetit, 495, 1966/86, S. 8-10.

<sup>31</sup> Vor allem Elbasan sei dadurch mehrmals aufgefallen. Siehe dazu AQSh, KQ i PPSH, 14, 1971/162, S. 1-4.

<sup>32</sup> Siehe AQSh, Komisioni i Planit të Shtetit, 495, 1977/23, S. 24-37.

mitees auf den Mahnbrief des Zentralkomitees. Nachdem die zuständigen Mitarbeiter die Verletzung der Rekrutierungsregelungen zugaben, wurde eingestanden, dass auch in Zukunft weiterhin mit Gesetzesübertretungen gerechnet werde, da die Bauarbeiten im Stahlwerk intensiviert würden. Selbst die Parteivertreter nahmen eine Verletzung der Migrationsregelungen durch die Kombinatileitung in Kauf. Angesichts des großen Umfangs der Bauarbeiten passten sich anscheinend die linientreuen Funktionäre den realen Verhältnissen an. Die Vertreter der Parteibasisorganisationen „erhoben nicht die Stimme und nahmen nicht Stellung“,<sup>33</sup> als „Kulaken“ an wichtigen Arbeitsfronten eingesetzt wurden und Auszeichnungen wie „Der Stolz des Betriebes“ erhielten, und wurden deshalb vom Zentralkomitee getadelt.

Aufgrund der schlechten Koordination von SPK und anderen zuständigen Instanzen bei der Planung der Arbeiterzahlen, die die Kreise jährlich schicken sollten, aber wahrscheinlich auch wegen der ineffektiven Arbeit der lokalen Behörden waren diese nicht in der Lage, den Forderungen nachzukommen, vor allem wenn in den betroffenen Kreisen selbst irgendwelche Industrieanlagen im Bau waren. Dadurch herrschte im Kombinat ein chronischer Arbeitskräftemangel, was die Nichterfüllung der Planungsvorgaben und finanzielle Verluste zur Folge hatte. Im Laufe des Jahres 1975 zum Beispiel brauchte das Kombinat 4 000 Arbeiter mehr als am Jahresanfang, um die verpassten Produktionsvorgaben aus dem Vorjahr zu erfüllen; der Kreis Elbasan konnte jedoch nur 1 000 zur Verfügung stellen. Die Planziffern des Jahres 1974 wurden nicht erfüllt, vor allem weil die Kreise Berat, Korça, Kruja, Lushnja, Shkodra, Tirana und Vlora nicht genügend Arbeiter zur Verfügung gestellt hatten. Ein Grund dafür war die Tatsache, dass die Kombinatileitung ihren Bedarf an Arbeitern nicht rechtzeitig gemeldet hatte.

Manchmal stimmten die Angaben, die einige Kreise zu den von ihnen entsandten Arbeitskräften machten, nicht mit der tatsächlichen Anzahl überein. Während aus Korçë für den Zeitraum Januar-April 1974 von 267 bereits geschickten Arbeitskräften berichtet worden war, waren es in Wahrheit nicht mehr als 206.<sup>34</sup> Solche Fehlangaben verursachten Defizite bei der Planerfüllung. Beispielsweise entstand dadurch, dass aus Kruja 312 Arbeiter weniger gekommen waren als vorgesehen, bei der Planerfüllung des Jahres 1974 ein Defizit von 5 Millionen Lek.<sup>35</sup>

Man bekommt den Eindruck, die zuständigen Stellen der Landkreise – es waren nämlich nicht in jedem Landkreis dieselben Instanzen für die Arbeitskräfterekrutierung verantwortlich, hier herrschte eine sehr eigenwillige Praxis – würden jeden Bürger, der sich arbeitslos gemeldet hatte, nach Elbasan schicken, ohne Rücksicht darauf zu nehmen, ob er dort gebraucht werden konnte oder ob seine Beschäftigung in diesem wichtigen Werk im Einklang mit den eigenen ideologischen Prinzipien stand, solange

<sup>33</sup> AQSh, KQ i PPSH, 14, 1971/162, S. 2.

<sup>34</sup> Aus Tirana waren für denselben Zeitraum 200 rekrutierte Arbeitskräfte berichtet worden, tatsächlich waren von dort nur 170 nach Elbasan gekommen. AQSh, KQ i PPSH, 14, 1975/846, S. 2-24.

<sup>35</sup> AQSh, Komisioni i Planit të Shtetit, 495, 1974/8, S. 1-3.

man nur die Anforderungen der SPK erfüllte. 1975 kritisierte der damalige Bauminister Rahman Hanku einige Kreise, weil rund 200 Arbeiter und angebliche Facharbeiter, die von ihnen geschickt worden waren, in Wirklichkeit für die Arbeit im Kombinat ungeeignet waren oder „eine schlechte moralisch-politische Haltung“ an den Tag legten und forderte ihre Ersetzung durch fleißiges, politisch korrektes Personal.<sup>36</sup>

Die Bauarbeiten hatten einen derart großen Umfang, dass man ständig auf weitere Arbeitskräfte angewiesen war. So wurden 120 Bauarbeiter aus dem Kreis Dibër, deren Arbeitsvertrag 1972 abgelaufen war, nicht zu ihren Wohnsitzen zurückgeschickt, sondern von der Leitung des Stahlwerks ohne Arbeitsvertrag beschäftigt. Als die SPK dies zwei Jahre später entdeckte, wurden die Arbeiter nicht zurückgeschickt und auch die Leitung nicht dafür haftbar gemacht. Stattdessen wurden die Verträge einfach verlängert und rückwirkend geltend gemacht!<sup>37</sup>

1974 musste die Betriebsleitung auf 900 Arbeiter, die sich für die Verwendung im Kombinat qualifiziert hatten, zurückgreifen, um sie bei den Bauarbeiten einzusetzen. Die betroffenen Personen beschwerten sich jedoch, da sie schließlich andere Berufe erlernt hatten, in denen sie sich künftig als qualifizierte Arbeiter betätigen wollten. Da die Tätigkeit beim Bau mit einem geringeren Lohn verbunden war, verließen viele von ihnen aus Unzufriedenheit den Arbeitsplatz. Hier half auch die Überzeugungsarbeit der Basisparteiorganisationen nicht viel.<sup>38</sup>

Andere Beschäftigte verließen schlicht ihren Arbeitsplatz. Das kam nach eigenen Aussagen des damaligen Kombinatleiters Eqerem Shijaku bei Bauarbeitern ab Anfang der siebziger Jahre oft vor, da ihre Entlohnung nicht ausreichte, um die eigene Familie zu versorgen, oder weil sie die Arbeit als zu anstrengend empfanden. In anderen Fällen lief der Arbeitsvertrag einfach aus, und die Spezialisten oder einfachen Arbeiter verließen einfach den Arbeitsplatz, ohne auf ihre Ersetzung zu warten oder ihr Arbeitsbuch zu verlangen.<sup>39</sup>

Um die Ausfälle zu kompensieren und die Planziffern zu erfüllen, wurde oft die Zahl der Arbeiter in den Brigaden und die der Arbeiter in der Spätschicht erhöht. Wie es aussieht, haben die Arbeiter der Spätschicht ihren Arbeitsplatz einfach verlassen oder sich nicht an die vorgegebenen Arbeitszeiten gehalten, so dass zu dieser Zeit im Kombinat am wenigsten gearbeitet worden sein dürfte. Anfang 1976 wurde die Anweisung ausgegeben, es den Brigadiern zu verbieten, den Arbeitern Urlaub zu gewähren, da dadurch im Stahlwerk jeden Tag 100 bis 120 Arbeiter fehlen würden. Mehrmals am Tag sollten Zählappelle durchgeführt werden, und alle Führungskräfte sollten die

---

<sup>36</sup> AQSh, KQ i PPSH, 14, 1975/846, S. 8.

<sup>37</sup> AQSh, Komisioni i Planit të Shtetit, 495, 1974/8, S. 1-3.

<sup>38</sup> Ebenda.

<sup>39</sup> Das Arbeitsbuch war eine Art Arbeitsausweis, in dem die früheren Beschäftigungen eingetragen wurden, und diente u. a. dazu, eventuelle Umzüge des Besitzers zu kontrollieren. Siehe Örjan SJÖBERG, *Rural Retention in Albania*, *East European Quarterly* 28 (1994), H. 2, 205-233; siehe außerdem: AQSh, KQ i PPSH, 14, 1975/846, S. 2-24.

Tage und Nächte im Kombinat verbringen, um die Planziele rechtzeitig zu erreichen. Vom ZK des Jugendverbandes wurden in den Monaten von Juni bis September 1 500 junge Arbeiter monatlich zum Stahlwerk geschickt.<sup>40</sup> Die Kombinarsleitung bat das Bauministerium, dem Stahlwerk Budgetzulagen zu gewähren, damit mehr Arbeitskräfte beschäftigt werden konnten. Dabei waren schon früher aus Zeitnot mehr Arbeiter eingestellt worden als geplant. Zusätzlich bat die Leitung das Bauministerium sowie das Ministerium für Industrie und Bergwerke darum, dass sie auf die anderen Landkreise einwirkten, damit diese die erwarteten Arbeitskräfte schickten, mit deren Lieferung sie in Rückstand geraten waren. Zur Unterstützung des Kombinats sollten Aktionskampagnen mit 1 000 Freiwilligen monatlich organisiert werden.

Überhaupt entsandten die Landkreise fast immer weniger Arbeitskräfte ins Stahlwerk, als ihnen aufgetragen worden war, und hielten sich nicht an die angegebenen Fristen.<sup>41</sup> Dies setzte das Exekutivkomitee und die Kombinarsleitung so unter Druck, dass diese gezwungen waren, Arbeiter ohne Arbeitsvertrag einzustellen, oder sie weiterhin zu beschäftigen, obwohl ihre Verträge abgelaufen waren. Andererseits verursachte die Nichteinhaltung der Fristen ein derartiges Chaos, dass auch das Gegenteil vorkommen könnte, wie das zum Beispiel 1973 mit einem Arbeiterkontingent aus dem Kreis Lushnjë der Fall war, dessen Einstellung bei seiner Ankunft von der Kombinarsleitung abgelehnt wurde.

Arbeiter in den Berufen des Monteurs, Schweißers oder Installateurs waren schwer zu finden. Mit der Zunahme der Montgearbeiten wurde es immer schwieriger, diese zu bekommen, da auch die anderen Landkreise nicht auf sie verzichten wollten. Facharbeiter in der Transport- und Baubranche, beispielsweise in Berufen wie Traktorfahrer, Lkw-Fahrer, Mechaniker, Elektriker oder Kranführer waren ebenfalls rar. In den ersten fünf Monaten des Jahres 1974 sollten 99 Facharbeiter mit diesen Berufen aus 12 Landkreisen im Kombinat ankommen, tatsächlich waren es nur 43, die eingesetzt wurden. Kreise wie Tirana und Durrës blieben regelmäßig hinter den Erwartungen zurück, sowohl was Bau- und Betriebsarbeiter als auch was hochqualifizierte Facharbeiter anging.

Chinesische Spezialisten, die im Rahmen der internationalen Solidarität beider Länder nach Elbasan kamen, bildeten praktisch das Rückgrat des Kombinats, wenn es um Fragen der Technologie oder um industrielles Know-how ging. Bis 1974 waren im Kombinat „Stahl der Partei“ 940 chinesische Experten tätig.<sup>42</sup> Ihre Anzahl nahm später

---

<sup>40</sup> Zu dieser Zeit arbeiteten im Kombinat 11 000 Arbeiter im Baubereich und 4 000 im Betrieb. AQSh, KQ i PPSH, 14, 1976/879, S. 1-140.

<sup>41</sup> Ebenda. Vertreter des Arbeitsdirektoriums bei der Staatlichen Planungskommission beschwerten sich beim Ministerpräsidentenam, dass in der ersten Hälfte des Jahres 1973 270 Arbeiter weniger gekommen seien als geplant.

<sup>42</sup> AQSh, Ministria e Ndërtimit, 499, 1974/97, S. 1-3.

ab – 1976 waren es nur noch 450 –, dennoch waren sie für das Kombinat unentbehrlich, wie mehreren Berichten der Kombinatleitung zu entnehmen ist.<sup>43</sup>

In den 1980er Jahren hielt der Mangel an Spezialisten, trotz der gestiegenen Anzahl an qualifizierten Arbeitskräften und der Investitionen im Bildungsbereich, weiter an. Durch die Inbetriebnahme von neuen Objekten wie dem zweiten Hochofen, oder von wichtigen Werksbereichen der Fabrik Nr. 12 entstand ein erhöhter Bedarf an Schichtleitern, Ingenieuren, Technikern, die die Produktion überwachen sollten, Laborarbeitern, Qualitätskontrolleuren und Normern. Außerdem brauchte das Stahlwerk Personal für die älteren Teilfabriken, wie auch für die Fabrik für Schamottestein. Da dieses nicht vorhanden war, aber auch aus finanziellen Gründen musste man die Übergabefristen für die einzelnen Werke nach hinten verschieben und die Planziffern nach unten korrigieren.

Die Angaben zu den rekrutierten Arbeitskräften waren oft widersprüchlich. Vertreter der Staatlichen Planungskommission beschwerten sich im Jahre 1976, dass die Zahlen, die sie von den Kreisarbeitsämtern bekamen, ganz andere waren als diejenigen, die ihnen die Betriebe zuschickten, oder als diejenigen, die dem Ministerpräsidenten geschickt wurden. Überhaupt ließ die Zusammenarbeit unter den Arbeitsämtern zu wünschen übrig: Offiziell hielten sie sich an die Vorgaben der SPK, die Rekrutierungszahlen bezüglich der einfachen Arbeiter und der Facharbeiter regional abzustimmen, tatsächlich aber informierten sie weder die anderen Kreise noch die SPK über die Anzahl und die Qualifikation der Arbeiter, die sie nach Elbasan zu schicken vermochten.

Ein makroökonomischer Faktor spielte bei der Anzahl der rekrutierten Kräfte eine nicht minder bedeutende Rolle: Das Kombinat von Elbasan war nicht das einzige Projekt, das während des fünften Fünfjahresplanes verwirklicht werden sollte. Da woanders ebenfalls Arbeiter benötigt wurden, die Kreisbehörden sich aber nicht in der Lage sahen, alle Wünsche zu erfüllen, griff das Bauministerium ein und transferierte eigenmächtig Arbeiter aus einem Kreis zu Bauplätzen in anderen Landkreisen, ohne dies mit den zuständigen Exekutivkomitees abzusprechen.

In Notzeiten gab es noch ein anderes – jedoch unregelmäßiges – Arbeitskräftereservoir, auf das die Betriebsleitung und das Kreispartei Komitee zurückgreifen konnten. Dies waren die freiwilligen Arbeiter in den von Zeit zu Zeit aufgerufenen Aktionskampagnen. So wurde im Jahre 1974 in der Kombinatzeitung „Metalurgu“ stolz vermeldet, dass rund 2000 Arbeiter aus verschiedenen Betrieben von Elbasan und der Stadt Cërrik den Bauarbeitern des Stahlwerks bei der Verlegung der elektrischen Kabel in der mechanischen Fabrik zu Hilfe gekommen seien.<sup>44</sup> Vor ihnen waren die Genossenschaftsbauern des Kreises an der Reihe gewesen.

In einem anderen Fall teilte dieselbe Zeitung mit, dass bis zu 10 000 junge Frauen und Männer sich an der Aktion zur Beschleunigung der Arbeiten im Bereich Bau-Montage

<sup>43</sup> Siehe AQSh, KQ i PPSH, 14, 1976/726, S. 5-8. Zu ihrer Bedeutung siehe auch AQSh, KQ i PPSH, 14, 1976/890, S. 7-14.

<sup>44</sup> Kolektivati punonjëse të qytetit në kombinatin metalurgjik, *Metalurgu* vom 26.9.1974, S. 4.

in der Fabrik Nr. 12 beteiligten. Sie betätigten sich demzufolge bei Hilfsarbeiten wie Güterverlagerung oder Transport.<sup>45</sup>

Eine andere Rekrutierungsquelle, auf die immer wieder zurückgegriffen wurde, waren ehemalige Wehrpflichtige. Die Anzahl der Wehrdienstleistenden war nicht gering, und die Verfügbarkeit bezüglich ihrer Beschäftigung im Stahlwerk war – im Vergleich zu den Arbeitern, die von den Landkreisen entsandt werden sollten – deutlich leichter zu gewährleisten. So wurden im Jahre 1975 im Kombinat 700 ehemalige Soldaten eingestellt.<sup>46</sup>

Im ersten Jahr der Inbetriebnahme der Fabrik für Schwarzmetallurgie war dort jeder Arbeitsplatz von Männern belegt. Wie bereits erwähnt, plante man am Anfang aufgrund der körperlich anspruchsvollen Tätigkeit, Frauen eher für die Vertretung der Männer in Tätigkeiten außerhalb des Kombinats einzusetzen. Im Rahmen der Kampagne zur Emanzipation der Frau und ihrer Integrierung in den Arbeitsprozess, aber auch wegen des Arbeitskräftemangels änderte sich diese Einstellung schnell. 1970 arbeiteten zum Beispiel in der Fabrik für Schwarzmetallurgie 98 Frauen, was 23 Prozent der Gesamtarbeiterzahl ausmachte und im Unterschied zu den ursprünglichen Plänen stand, die nur 10 Prozent vorsahen.<sup>47</sup> Sie waren als Filmvorführerinnen, Dreherinnen, Schmiedinnen, Kranführerinnen sowie in anderen Berufen tätig.

Trotzdem oder vielleicht gerade weil die Frauen die Männer nicht überall vertreten konnten, war die Mehrheit der Arbeitslosen im Lande weiblichen Geschlechts. So waren im Januar 1977 in den Städten Albaniens offiziell 16 500 Personen als arbeitslos registriert, vor allem in den Städten Berat, Durrës und Elbasan.<sup>48</sup> 80 Prozent davon waren Frauen, und es bestand trotz einer sinkenden Tendenz der Arbeitslosigkeit kaum Aussicht, dass die Lage sich bald ändern würde. Die SPK vermutete, dass auch diejenigen, die sich nicht offiziell als arbeitslos gemeldet hatten, in der Mehrzahl Frauen waren.

Ende 1976 waren im Kreis Elbasan 845 Arbeitslose offiziell gemeldet, davon 741 Frauen.<sup>49</sup> Obwohl im Stahlwerk verstärkt Arbeitskräfte angestellt wurden, wurden Ende 1980 aufgrund der erhöhten Migrationsrate in der Stadt 980 Arbeitslose gezählt, davon waren 580 Frauen. Die Mehrheit von ihnen war zwischen 15 und 26 Jahre alt. Sie hatten nur die Grundschule oder die 8-jährige Volksschule besucht. Laut einer Mitteilung des Exekutivkomitees lehnten es 430 davon ab, in der Mehrheit Frauen, in der Landwirtschaft oder im Stahlwerk zu arbeiten, sondern baten um eine leichtere Tätigkeit.

Ein Grund für den chronischen Arbeitskräftebedarf im Stahlwerk war die hohe Arbeiterfluktuation. Viele verließen das Kombinat, sobald sie sich qualifizierten und suchten sich eine weniger anstrengende Tätigkeit, vor allem junge Arbeiter. So hatten

<sup>45</sup> Aksionistë të rinj në kombinat, *Metalurgu* vom 9.2.1978, S. 2.

<sup>46</sup> AQSh, Ministria e Industrisë dhe e Minerave, 496, 1975/707, S. 1-32.

<sup>47</sup> Numri i grave punëtore në metalurgji rritet vazhdimisht, *Shkumbini* vom 7.1.1970, S. 2.

<sup>48</sup> Nach AQSh, Komisioni i Planit të Shtetit, 495, 1977/23, S. 24-37.

<sup>49</sup> AQSh, KQ i PPSH, 14, 14, 1978/49, S. 9-13.

allein 1973 von Januar bis November 1 378 Arbeiter ihre Stelle im Kombinat aufgegeben. Es ist jedoch zu vermuten, dass die Fluktuation nicht von Anfang an so hoch war, da die meisten Arbeiter, die für die Bauarbeiten am Kombinat rekrutiert wurden, vom Lande kamen und die Entlohnung im Kombinat im Vergleich zu dem Geld, dass sie in den LPGs verdienten, um ein Vielfaches höher war. Während ein Bauer bei der Tabakernte in einer Elbasaner LPG im Jahre 1967 nur 3 Lek am Tag verdiente, bekam er im Kombinat als Stahlkocher das Siebenfache.<sup>50</sup>

### **Das Wohnungsproblem und migrationspolitische Fragen**

Da die wirtschaftliche Situation auf dem Lande prekär war, zogen viele Menschen aus den Dörfern in die Städte, in denen Industriebetriebe entstehen sollten, so dass die Lage auf dem Wohnungsmarkt sich verschärfte. So heißt es in einem Bericht des Kreisexekutivkomitees:

„[...] Hier leben mehrere Familien, denen eine Wohnnerlaubnis verweigert worden ist. Trotzdem kehren sie nicht zu ihren Wohnsitzen zurück. Andere haben einen befristeten Wohnsitz, weil sie in der Stadt beschäftigt sind. [...] Man bemüht sich, sie durch Arbeitskräfte aus der Stadt zu ersetzen. [...] Dasselbe Problem haben auch andere Kreise.“<sup>51</sup>

Viele Menschen vom Land, die nicht als Arbeitskräfte zu gebrauchen oder sogar „kulkalischen“ Ursprungs waren, zogen in die Stadt, was von den lokalen Behörden ignoriert worden war, und konnten dort Wohnungen kaufen. Dabei hatte der Ministerrat den Parteikomitees die Anweisung gegeben, dass Personen mit einer zweifelhaften politischen Einstellung von den Städten möglichst fernzuhalten seien.<sup>52</sup>

Die Stadt, die der oben genannte Bericht von 1964 betraf, war nicht Elbasan, sondern Shkodër. Damals wurde in dieser nordalbanischen Stadt (nur) eine Papierfabrik für Zementsäcke gebaut. Es gab in den fünfziger Jahren in Albanien keine genauen Statistiken zum Thema „Migration“, aber man schätzt, dass Shkodra zwischen 1950 und 1963 eine Migrationsrate von 27 Prozent hatte.<sup>53</sup> Die Behörden beschwerten sich, dass die Wohn- und Versorgungslage sowie die Bildungs- und Gesundheitssituation durch die hohe Migrationsrate erschwert wurden und forderten eine koordinierte Vorgehensweise der Kreise, damit die Migranten ohne Wohnnerlaubnis (pashaportizim) in die Genossenschaften zurückkehrten, wo es an Arbeitskräften mangelte. Ähnliche Zustände dürften auch in der mittelalbanischen „Stadt des Metallurgischen Kombinats“ in der zweiten Hälfte der 1960er und in den 1970er Jahren geherrscht haben.

Die Regierung schaute diesen Zuständen nicht tatenlos zu. Im selben Jahr gab der Ministerrat einen Erlass heraus, wonach es der SPK zustand, jährlich anhand der Vor-

---

<sup>50</sup> Interview mit M.M., 29.4.2012 in Tirana.

<sup>51</sup> AQSh, Këshilli i Ministrave, 490, 1964/718, S. 18-21.

<sup>52</sup> Ebenda, S. 19.

<sup>53</sup> Ebenda, S. 20.

schläge der zuständigen Institutionen (Parteikomitees, Ministerien) das Kontingent an Arbeitskräften für die einzelnen Betriebe in jedem Kreis zu bestimmen. Die Betriebe sollten nur so viele Arbeitskräfte beschäftigen können, wie für sie im Plan bestimmt worden seien. Ergänzungen könne es nur mit Zustimmung des Ministerrates geben. Dies geschah nur bei Veränderungen im Betriebsplan, beispielsweise im Falle von Naturkatastrophen. Sie durften keine Arbeitskräfte einstellen, deren Entlohnung den Betriebsetat überschreiten würde.

Priorität sollte die Beschäftigung der freien Arbeitskräfte aus der Stadt haben. Das Exekutivkomitee des Kreises legte fest, welche Betriebe Arbeitskräfte vom Lande beschäftigen konnten und ermächtigte sie, Arbeitssuchende anzuwerben. Falls es im Kreis keine freien Arbeitskräfte gab, durften sie aus den anderen Kreisen bezogen werden. Der Betriebsleiter schloss dann einen Vertrag mit der Leitung der entsprechenden Genossenschaft, worin sich diese zur befristeten Freigabe von Arbeitskräften und der Betrieb zu deren Einstellung und Rückgabe am Ende des Vertrags verpflichteten. Der Vertrag durfte nur eine Dauer von höchstens drei Jahren haben, solange der Arbeiter seinen Wohnsitz auf dem Lande hatte, er konnte aber nach Zustimmung des Exekutivkomitees erneuert werden.

Nicht jedem konnte ein solcher Vertrag gewährt werden. Falls die Familie des Bewerbers der Genossenschaft nur eine Arbeitskraft zur Verfügung stellte, konnte der Betroffene nicht in der Stadt arbeiten. Wenn er jedoch alle Kriterien erfüllte, musste er vor der Arbeitsaufnahme eine Erlaubnis der Genossenschaftsleitung, die Zustimmung des Kreisexekutivkomitees oder, falls er nicht zur Genossenschaft gehörte, die Erlaubnis des Volksrates vorzeigen. Falls er keine Erlaubnis besaß, aber dennoch eingestellt wurde, musste sein Arbeitgeber eine Geldstrafe zahlen.

Viele Arbeiter ließen sich für das Stahlwerk rekrutieren, in der Hoffnung, dafür in die Stadt ziehen zu können. Ein Beispiel dafür waren 50 Arbeiter aus dem Kreis Korça. Sie waren über die erforderliche Anzahl der Beschäftigten hinaus rekrutiert worden und man hatte ihnen einen befristeten Vertrag gegeben. Als 1977 ihre Verträge ausliefen, lehnten sie die Rückkehr aufs Land ab, da sie schon Wohnungen in Elbasan gefunden hatten.<sup>54</sup>

Die Wohnnerlaubnisse in Städten oder Industriestandorten wurden in erster Reihe aus beruflichen Gründen erteilt. Die Betroffenen mussten unter anderem vorlegen: eine Bestätigung ihrer Versetzung und eine Bestätigung vom Dorfvolkst, dass sie umziehen durften. Falls sie ihre Wohnnerlaubnis verloren, mussten sie an ihren früheren Wohnort zurückkehren. Wenn sie sich weigerten, mussten sie eine Geldbuße zahlen, bei wiederholter Weigerung wurden sie strafrechtlich verfolgt.<sup>55</sup>

Strafen hinderten viele Betriebe nicht daran, auf illegale Weise Arbeiter vom Lande oder aus anderen Kreisen anzuwerben oder Arbeitssuchende einzustellen, und das Stahlwerk bildet darin mit Sicherheit keine Ausnahme. Die Arbeiter wurden in Betriebs-

<sup>54</sup> AQSh, KQ i PPSH, 14, 1977/590, S. 1-15.

<sup>55</sup> AQSh, Këshilli i Ministrave, 490, 1966/38, S. 54-59.

gebäuden untergebracht, die dafür zweckentfremdet wurden, und zahlten keine Miete. Ihre Arbeitgeber stellten bei den städtischen Behörden einen Antrag zur Wohnerlaubnis für sie und brachten ihre Arbeiter so lange in den Betriebsgebäuden unter, bis diese eine Wohnerlaubnis bekommen hatten. Eine solche Situation konnte jahrelang andauern und dadurch alle legislativen Bemühungen zur kontrollierten Beschäftigung und zur Migrationsbeschränkung zunichte machen.

Illegale Migration kam nicht selten vor. Nach einer Kontrolle der Staatsinspektion in den Kreisen Elbasan und Durrës im Jahre 1976 wurde festgestellt, dass in den Städten Elbasan und Cërrik 327 Familien mit 950 Mitgliedern ohne Erlaubnis wohnten. In vielen Industriebetrieben arbeiteten Menschen ohne Wohnerlaubnis, die in Privatwohnungen untergekommen waren. Sowohl in Elbasan als auch in Cërrik arbeiteten Facharbeiter, die ihre Familien mitgebracht hatten und zur Miete wohnten, ohne einen Antrag zur Wohnerlaubnis gestellt zu haben. Als Grund dafür diente unter anderem auch, dass die zuständigen Stellen nicht in der Lage seien, ihnen eine Unterkunft zur Verfügung zu stellen, sie aber aufgrund ihrer Qualifikation in der Stadt benötigt wurden.

Bei denjenigen, denen eine Wohnerlaubnis verweigert worden war, hatten die Exekutivkomitees keinerlei Maßnahmen getroffen, um sie schrittweise in die Herkunftsorte zurückzuschicken. Die Zellen der Demokratischen Front oder anderer Massenorganisationen in den Vierteln, wo die Illegalen wohnten, verhielten sich passiv und „mobilisierten nicht die öffentliche Meinung gegen die Gesetzesübertreter und denjenigen, die ihnen Unterkunft gewährten“.<sup>56</sup> Bei den wenigen Fällen, in denen die lokalen Stellen versucht hatten, die Betroffenen zurückzuschicken, geschah dies erst nach langer Zeit, so dass die Herkunftsorte sich nicht dazu bereit erklärten, ihnen eine Wohnung oder eine Arbeitsstelle zur Verfügung zu stellen, was ihre Wohnverhältnisse in der Stadt zwangsläufig legalisierte. Die Folge war, dass die Zahl der Menschen, die aus dem Lande oder aus anderen Regionen kamen, nicht einmal einen Wohn- und Arbeiterlaubnis Antrag stellten, sondern sich einfach einen Arbeitsplatz und eine Unterkunft suchten, anstieg. Viele fanden eine Arbeitsstelle im Stahlwerk und wohnten in den Baracken verschiedener Betriebe. Die Betriebsverantwortlichen unterließen es, dies bei den städtischen Behörden zu melden. Die Zuzügler blieben dort, bis sie eine Wohnerlaubnis bekamen, dann zogen sie um, und die Baracken wurden für die Nachrückenden frei. Auf diese Weise konnten die Betriebsleiter potentielle Arbeitskräfte anlocken, die sich in der Stadt niederlassen wollten.<sup>57</sup> Dadurch förderten sie aber die unkontrollierte Migration, ganz gleich in welchem Maße.

Manche Betriebe in Elbasan ließen mehr Wohnungen bauen, als für ihre Arbeiter mit Wohnerlaubnis nötig waren, so dass auch die Familien derjenigen einzogen, die ihren Wohnsitz im Dorf hatten. Die lokalen Stellen zeigten sich „liberal“ in der Erteilung von Wohngenehmigungen. Es scheint, dass sie mit ihrer Praxis bei der Erteilung von

---

<sup>56</sup> AQSh, Këshilli i Ministrave, 490, 1976/478, S. 15.

<sup>57</sup> Ebenda, S. 18.

**Tabelle 3. Anzahl der Migranten ohne Wohnnerlaubnis in Tirana und Elbasan (1968-1976).**

	1968	1969	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976
Tirana	9	10	38	22	31	51	63	54	12
Elbasan	54	75	90	99	87	129	90	75	33

Quelle: AQSh, Këshilli i Ministrave, 490, 1976/478, S. 24. – 1969 lebten in Tirana 152 700 Einwohner, in Elbasan 39 100. 10 Jahre später lebten in Tirana und Elbasan 190 600 bzw. 62 400 Einwohner. Wenn man die Erwartungen des damaligen Regimes berücksichtigt, jede unerwünschte Migration völlig zu unterbinden, kann man ihre Unzufriedenheit über die Zahl unerlaubter Migrationen nachvollziehen. Wenn man sie jedoch ins Verhältnis zu den Migrationszahlen anderer Ostblockländer setzt, können die Ergebnisse der Migrationspolitik der albanischen Führer als durchaus erfolgreich gesehen werden (Notiz des Autors).

Erlaubnissen den Betrieben in Notzeiten unter die Arme griffen. Manchmal bewilligte man eine Wohnnerlaubnis auch für Familien von Personen mit „schlechter politischer Haltung“ oder Menschen, deren Berufe in der Stadt nicht benötigt wurden wie Krankenpfleger, Friseure, Wachleute oder sogar Familien von Hirten oder Menschen aus Zonen, die noch von den urbanen Transportmitteln abgedeckt waren und deren Umzug nach Elbasan nicht vorgesehen war. 60 Prozent der erteilten Wohnnerlaubnisse in Elbasan in den Jahren 1971 bis 1976 waren für ehemalige Landbewohner, die unter anderem im Stahlwerk tätig waren (vgl. Tabelle 3). Dies war nach den Vorstellungen des Ministerrates eine viel zu hohe Anzahl von Zuzüglern.

Man konnte ihre Wohnnerlaubnisse nicht einfach annullieren, die Lage aber auch nicht ignorieren. In einem Schreiben von Oktober 1983 wies der damalige Vorsitzende des Ministerrates, Adil Çarçani, die Exekutivkomitees aller Kreise an, den Arbeitskräften, die seit einem längeren Zeitraum, zum Beispiel seit fünf Jahren, in der Stadt wohnten und arbeitstätig waren, eine Wohnnerlaubnis zu erteilen, nachdem sie individuell auf ihre moralisch-politische Zuverlässigkeit überprüft worden waren.<sup>58</sup> Im Falle einer erneuten Ablehnung sollte man sie entweder freiwillig oder gewaltsam in die früheren Wohnsitze zurückschicken, wo für sie eine Unterkunft und ein Arbeitsplatz bereit stehen sollten. Diejenigen Betriebe, die gesetzeswidrig Personen einstellen, eine Bauerlaubnis erteilen oder eine Zweckentfremdung der eigenen Gebäude zulassen würden, sollten disziplinarrechtlich und sogar strafrechtlich verfolgt werden.

Nicht nur Arbeiter, die regelwidrig von den Betrieben eingestellt wurden, hatten mit Unterbringungsproblemen zu kämpfen. Auch viele Arbeiter, die ordnungsgemäß eingestellt worden waren, suchten eine Wohnung in Elbasan, da die Transportmöglichkeiten außerhalb Elbasans unzureichend waren. Arbeiter aus den Dörfern im Umland mussten 1982 durchschnittlich drei Stunden nur für die Fahrt zum Arbeitsplatz

<sup>58</sup> AQSh, Këshilli i Ministrave, 490, 1983/616, S. 8-11.

aufwenden.<sup>59</sup> Schwierigkeiten bei der Wohnungssuche waren neben dem von den Arbeitern als unzureichend empfundenen Lohn für Schwerarbeiter der Hauptgrund für den hohen Fluktuationsgrad in bestimmten Arbeitssektoren, etwa beim Hochofen Nr. 2 oder bei der Fabrik Nr. 12.

Bei einer Kontrolle durch das Gesundheitsministerium im Jahre 1972 wurde zwar festgestellt, dass es genügend Unterkünfte und Mensen sowie Waschräume für die Kombinarsarbeiter gab. Es gab jedoch erhebliche Probleme mit der Küchenausstattung sowie mit den Hygieneeinrichtungen. Die Duschen reichten für die Arbeiter nicht aus, und es war notwendig, die Waschräume zu vergrößern und besser auszustatten.

Bei einem Treffen mit einer Instruktorengruppe des Zentralkomitees im Jahre 1976 beschwerten sich die Arbeiter über die schlechte Qualität des Essens und über die mangelnde Anzahl an Mensen sowie über die fehlende Heizung in den Wohngemeinschaften. Andere waren gezwungen, in den Arbeiterwohnheimen zu kochen, um mit den ersparten Mitteln ihre Familien besuchen zu können. Zur Linderung des Problems wurde vorgeschlagen, befristete Fachkräfte nur aus den Elbasan benachbarten Landkreisen zu beschäftigen.<sup>60</sup> Diese reichten aber anscheinend nicht aus, denn 1978 beschloss man, Arbeitskräfte künftig auch aus anderen Landkreisen zu rekrutieren, sie aber nur kurzfristig zu beschäftigen und keine Wohnnerlaubnis zu erteilen, damit sie nach 1980 in ihre früheren Wohnsitze zurückkehrten und durch Arbeitskräfte aus Elbasan ersetzt wurden. Die lokalen Stellen sahen einen Anstieg der Arbeitslosigkeit voraus.

Die Klagen der Arbeiter bekamen manchmal einen politischen Unterton. So warfen bei einer Versammlung von Montearbeitern mit Gewerkschaftsvertretern die Arbeiter einigen Kollegen vor, dass ihre Reden von den Gewerkschaftsvertretern formuliert worden waren und forderten Unterkünfte und eine genügende Anzahl von Qualifizierungskursen. Viele derjenigen, die mit einem befristeten Vertrag im Kombinat tätig waren, beklagten sich, sie würden in ihren ursprünglichen Landkreisen bei der Wohnungssuche übergangen, da sie nicht vor Ort waren. Sie wussten nicht, wie lange sie im Kombinat arbeiten würden, da die Vertragsfristen nicht respektiert worden seien, und verlangten, bis zum Ende der Bauarbeiten im Kombinat mit unbefristeten Verträgen arbeiten zu dürfen.

Auch für Arbeiterinnen und Arbeiter, die sich im Stahlwerk kennengelernt hatten und liiert waren, war die Wohnungsknappheit ein großes Problem. Als Ausweg empfahl das Parteikomitee des Stahlwerks, dass denjenigen, die planten, einander zu heiraten, Vergünstigungen hinsichtlich der Unterkunft zukommen sollten, jedoch darauf zu achten sei, dass es keine Scheinehen wären. Damit die Lösung des Problems schneller vor sich ginge, sollten die einzelnen Betriebe einen Etat für den Bau von Wohnungen für die eigenen Arbeiter bekommen.

---

<sup>59</sup> AQSh, KQ i PPSH, 14, 1982/83, S. 11-35.

<sup>60</sup> AQSh, KQ i PPSH, 14, 1976/881, S. 1-33.

## **Ausbildungsstand und Qualifizierungsmaßnahmen für die Arbeiter**

Waren die Arbeiter einmal angeworben, mussten sie qualifiziert werden. In den albanischen Industriebetrieben arbeiteten in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre rund 30 000 Arbeiter.<sup>61</sup> Trotz der Qualifizierungskurse, die unter der Leitung des Ministeriums für Industrie und Bergbau angeboten wurden, entsprach die Anzahl derjenigen, die für die von ihnen verrichtete Tätigkeit qualifiziert waren, nicht den Anforderungen. Der berufliche Bildungsgrad hatte in Albanien sieben Qualifizierungsstufen, wobei die Arbeiter mit der niedrigsten Qualifizierungsstufe die niedrigste Entlohnung bekamen. Von den 30 000 Industriearbeitern waren 21 300 bis zur III. Stufe qualifiziert.

Es herrschte eine Disproportion zwischen der Technologie, mit der im Kombinat und in anderen bedeutenden Industrierwerken gearbeitet wurde, und dem technisch-beruflichen Niveau der Arbeiter. Es überwogen die niedrigen Arbeitskategorien, und ein Kern an höher qualifizierten Spezialisten war kaum vorhanden. In vier Baubetrieben, die auf den Bau von Industrierwerken spezialisiert waren, waren nur 76,1 Prozent der Arbeiter qualifiziert für die Tätigkeit, die sie verrichteten, vorwiegend Arbeiten mit körperlicher Belastung. 40 Prozent der Arbeiter von zwölf Industriebetrieben im gesamten Elbasaner Kreis hatten 1971 nur die Grundschule besucht.<sup>62</sup> Ein Grund dafür war unter anderem der Umstand, dass während der 1960er Jahre wegen der vielen neuen Bauprojekte und durch die Entstehung neuer Berufszweige in Industrie und Bergwerk im Rahmen des „Großen Sprungs“ in die Industrialisierung viele junge Menschen aus Stadt und Land, ehemalige Schüler und Hausfrauen rekrutiert wurden, wodurch die Prozentzahl der ungelerten Arbeiter stieg und das durchschnittliche Qualifizierungsniveau sank. Vielen von ihnen fiel es schwer, die Maschinen zu bedienen, geschweige denn Innovationen zu entwickeln.

Nach offiziellen Angaben hatten 1965 alle Arbeiter im Lande an den Qualifizierungskursen teilgenommen, 7 000 hatten die nächste Qualifikationsstufe erreicht. Das waren Gesamtzahlen, die gemessen an der Bevölkerungsgröße für Volkswirtschaften in den anderen sozialistischen Ländern beneidenswert wären. Der Teufel steckte jedoch im Detail. Oft nahmen im selben Kurs Arbeiter verschiedener Bildungsgrade und unterschiedlicher Ausgangsvoraussetzungen teil. Die Lehrprogramme waren nicht systematisch aufgebaut, und es fehlte an Lerntexten. Die Unterrichtsräume waren relativ klein, die Lernausstattung entsprach nicht dem Bedarf. Viele Kursleiter waren für ihr Fach nicht qualifiziert und taten auch wenig, um dies zu ändern. Sie wichen oftmals vom Lehrplan ab – manchmal auch durch den tatsächlichen Leistungsstand der Kursteilnehmer gezwungen –, und ihr Unterricht war oberflächlich. Andererseits maßen viele Betriebsleitungen den Kursen nicht die erforderliche Bedeutung zu.

---

<sup>61</sup> AQSH, Ministria e Industrisë, 496, 1965/62, 2-14, S. 2.

<sup>62</sup> Vgl. AQSh, Bashkimet Profesionale, 657, 1971/12, S. 1-12.

Die chinesische Seite leistete einen großen Beitrag bei der Qualifizierung der Fachkräfte, die in Elbasan tätig sein sollten. Ihre Hilfe beschränkte sich nicht auf die Entsendung von chinesischen Spezialisten in allen sensiblen Bereichen, China bot auch an, albanische Praktikanten und Facharbeiter in chinesischen Unternehmen auszubilden, die ein ähnliches Profil wie das Stahlwerk hatten, zum Beispiel im Stahlwerk von Anshan im Nordosten Chinas. Die vorgesehenen Kräfte wurden von den Betrieben ausgewählt und offiziell von der albanischen Botschaft in Peking betreut. Es gab unter ihnen sicherlich auch Informanten, die das Verhalten ihrer Kollegen beobachteten und regelmäßig Berichte über die Botschaft nach Tirana schickten. Die Praktikanten und Spezialisten sollten in China einen positiven Eindruck des albanischen Brudervolkes vermitteln und sich gemäß den Anweisungen der Parteiorganisation verhalten, was sie meist auch taten. Anfangs wurden jedoch die Fachkräfte, die aus Elbasan kamen, nicht sorgfältig ausgewählt, denn es kam mehrmals zu Beschwerden über ihr Verhalten in China, was ihre Moral und ihre soziale Kompetenz betraf. Einige von ihnen waren schon zuvor in Elbasan als Trinker, Schwarzhändler oder moralisch nicht einwandfrei bekannt gewesen. In anderen Fällen erfuhren die Praktikanten erst während des Aufenthalts, was für einen Beruf sie im Gastland erlernen sollten, und deshalb gab es manchmal auch Einwände ihrerseits. Es kam vor, dass unter den Praktikanten auch solche waren, die weder die beruflichen noch die sprachlichen Grundlagen besaßen, um den ausgewählten Beruf zu erlernen.<sup>63</sup>

Daraufhin wurde beschlossen, dass nach der Auswahl der Praktikanten, Spezialisten oder der Kader durch die Kombinarsleitung eine Überprüfung durch das Personaldirektorium beim Ministerrat erfolgen sollte. Diejenigen, die durch ihr Verhalten in China negativ auffielen, sollten sofort von der albanischen Botschaft nach Albanien zurückgeschickt und von ihren Betrieben mit Sanktionen belegt werden.

Die Qualifizierungskurse innerhalb Albaniens wurden, abgesehen von den jeweiligen Betrieben des Stahlwerks, in verschiedenen Industriebetrieben in Elbasan, Tirana, Fier und Kavaja eingerichtet. Anfangs wurde man zum Facharbeiter durch eine Art *training on the job*: Diejenigen Arbeiter, die auf den verschiedenen Baustellen des Landes tätig gewesen waren, hatten eine gewisse Arbeitserfahrung und Fachwissen, das durch die Arbeit im Kombinat und den Besuch der Kurse vervollständigt wurde. Die mittleren Facharbeiter wurden später in der neu eingerichteten Metallurgischen Mittelschule in Elbasan ausgebildet, während höher qualifizierte Spezialisten in der Staatlichen Universität in Tirana im Fachbereich Metallurgie diplomiert wurden.<sup>64</sup>

Auch eine andere Praxis wurde für die Qualifizierung der Arbeitskräfte angewandt: Viele Arbeiter, welche die Landkreise zum Bau des Kombinats schickten, kehrten nach seiner Fertigstellung einfach nicht nach Hause zurück, sondern wurden bei der Inbetriebnahme übernommen. Da sie den Komplex selbst gebaut hatten, traute man

---

<sup>63</sup> AQSh, Ministria e Tregtisë, 503, 1974/80, S. 1-4.

<sup>64</sup> AQSh, KQ i PPSH, 14, 1972/169, 4-6, S. 15.

ihnen zu, einiges an Arbeitserfahrung gesammelt zu haben, um mit der Tätigkeit am gewohnten Arbeitsort klarzukommen.

Die meisten Arbeiter in der Metallurgie und an anderen wichtigen Arbeitsfronten kamen aus dem Baubereich, aus der Landwirtschaft oder aus den Berufsgrundbildungsschulen (shkollat e ulta profesionale). Da sie keine Arbeitserfahrung hatten, beeinträchtigten sie den Arbeitsablauf, verursachten manchmal Maschinenschäden und fielen ab und zu durch ihr Arbeitsverhalten negativ auf. Es war schwer, Arbeiter für den Beruf des Metallurgen, des Wälzers oder für ähnliche Betätigungsfelder zu rekrutieren. Vor allem junge Männer aus der Stadt – unter ihnen einige mit einem geringen Maß an beruflicher Bildung – mieden diese Berufe, da sie mit Schwerstarbeit verbunden waren. Die Arbeiter selbst bevorzugten vor allem Arbeit mit einem mechanischen oder elektrischen Profil. 65 Prozent der Metallarbeiter hatten 1982 nur die achtjährige Volksschule und zwei Jahre Berufsausbildung hinter sich, nur etwa 30 Prozent Abitur und Berufsausbildung. Zwischen den Forderungen nach einem gymnasialen Abschluss als Voraussetzung für das Ergreifen eines Berufes im chemischen, mechanischen und metallurgischen Zweig und der Realität bestand eine tiefe Kluft.

Die Arbeiter in den Hilfsberufen waren diejenige Gruppe, die die Qualifizierungskurse am häufigsten besuchte. Ihre Löhne waren niedrig, da sie wenig Fachbildung besaßen, deshalb hatten sie einen Anreiz, an den Kursen teilzunehmen und in eine höhere Kategorie aufzusteigen.<sup>65</sup> Wenn sie jedoch in eine höhere Lohnkategorie aufgestiegen waren, konnten sie eventuell aufgrund des vorherrschenden Mangels an Fachkräften an einen Arbeitsplatz versetzt werden, der die eigene Qualifizierungsstufe überstieg; deshalb wurden sie nach dem Schwierigkeitsgrad am Arbeitsplatz bezahlt. In solchen Fällen zeigten sie oftmals weniger Bereitschaft, sich weiter zu qualifizieren. So war in vielen Arbeitsbereichen – im Jargon des Regimes „Fronten“ – wie bei den elektrischen Öfen die Kluft zwischen der Qualifizierung der Arbeiter und dem Schwierigkeitsgrad des Arbeitsplatzes größer, als es die durchschnittliche Differenz bei den Industriearbeitern im Allgemeinen war.

Trotzdem nahm die Teilnehmerzahl der Qualifizierungskurse im Laufe der Jahre zu, nicht zuletzt dank der Propagandatätigkeit der Gewerkschaften. So besuchten laut den Berichten, die an das ZK der PAA geschickt wurden, im Jahre 1982 1 385 Arbeiter des Stahlwerks die Berufsschulen, und 6 800 Arbeiter nahmen an Qualifizierungskursen teil, was nicht ohne Einfluss auf die Arbeitsproduktivität bleiben sollte.

Dennoch kann man nicht behaupten, dass die Arbeiter mit großer Freude an den Qualifizierungskursen teilnahmen. Viele derjenigen, deren Familien außerhalb von Elbasan wohnten, leisteten lieber Überstunden, damit sie mehrere Tage am Wochenende bei diesen bleiben konnten. Andere waren nicht bereit, sich in ihrer Freizeit geistig

<sup>65</sup> Eine der Beschwerden, die hinsichtlich der Qualifizierungskurse oft vorgebracht wurden, war, dass die Zertifizierungsausschüsse die Teilnehmerurkunden oft unverdient erteilten. Sie unterstützten damit indirekt das Streben der Arbeiter in die nächsthöhere Kategorie. AQSh, KQ i PPSH, 14, 1982/114, S. 1-32.

zu belasten. Es sollte nicht vergessen werden, dass die Mehrheit der Eingestellten junge Männer bäuerlicher Herkunft waren, die die Arbeit im Stahlwerk sowohl aus wirtschaftlichen Gründen als auch wegen der propagandistischen Versprechungen als anziehend empfanden. Es mag sein, dass in einer mittelalbanischen Stadt wie Elbasan die Freizeitangebote nicht besonders vielfältig waren, aber die Wahrnehmung von Bildungsangeboten gehörte nicht unbedingt zur angestammten Familienkultur des damaligen Stahlwerkarbeiters. Auch gingen viele Arbeiter, die in den Kursen offiziell eingetragen waren, nicht regelmäßig hin.<sup>66</sup>

Für die Betriebsleitungen war eine solche Haltung durchaus akzeptabel, solange sie auf Arbeitskräfte dringend angewiesen waren. Zwar wurden Weiterqualifizierungskurse angeboten, eine regelmäßige Überprüfung der Teilnehmerzahlen, um gemäß ihrer Entwicklung rechtzeitig Konsequenzen ziehen zu können, fand jedoch nicht statt. Oftmals wurde die Angelegenheit einem Personalangestellten überlassen, der am Jahresende eine Bilanz darüber erstellte, wie die bisherige Arbeit gewesen war und was noch geändert werden musste. Dies wurde zu einem Ritual, was dem innovativen Geist und dem sozialistischen Bild des nach Bildung strebenden revolutionären Arbeiters entgegenlief, und dies war für die höchsten Partei- und staatlichen Instanzen besorgniserregend. Die Betriebsleitung zeigte zwar Bereitschaft, Kurse für ehemalige Arbeiter zu fördern, die sich zusätzlich qualifizieren und anschließend wieder in die ursprüngliche Tätigkeit eingliedern lassen wollten, sie organisierte aber keine Qualifizierungskurse für Arbeiter nach der Arbeitszeit. Dafür gab es mehrere Gründe: Die Funktionäre fürchteten, die Betroffenen würden vorzeitig die Arbeitsplätze verlassen oder weniger produktiv arbeiten und außerdem in Situationen, in denen massiver Arbeitseinsatz und Überstunden notwendig wären, nicht zur Verfügung stehen. Durch Engpässe bei den Rohstofflieferungen und Organisationsdefizite war aber regelmäßig mit derartigen Situationen zu rechnen.

Da die Industriearbeiter nach der Schwierigkeitsstufe am Arbeitsplatz entlohnt wurden, reichte es ihnen oftmals völlig aus, wenn sie einiges an Erfahrung im Umgang mit den Maschinen gewonnen hatten, und sie waren deshalb wenig motiviert, Qualifizierungskurse zu besuchen, da sie darin keinen Nutzen sahen. Eine solche Haltung versprach keine Senkung der Produktionskosten, höhere Produktivität oder bessere Qualität. Es ist kein Wunder, dass viele von ihnen sich weigerten, wenn die Normen erhöht wurden, da sie die Technologie nicht ausreichend beherrschten. Bei einer internen Besprechung der zuständigen Stellen innerhalb der SPK wurde offen zugegeben:

„In den Monaten Januar-April 1974 sind bei den meisten Baubetrieben Mängel in der Arbeitsorganisation festgestellt worden. Die Normen werden nicht erfüllt, die Effektivität ist niedrig, die Arbeitszeit wird nicht effektiv genutzt. So haben in diesen Monaten 740 Arbeiter die Norm nicht erfüllt. Die Arbeitszeit wird nur zu 77,4 Prozent genutzt. Die

---

<sup>66</sup> Ebenda, S. 4.

Arbeitsproduktivität ist nur zu 90,6 Prozent erfüllt worden. Falls 80 Prozent dieser Mängel beseitigt werden würden, könnte man bis zu 300 Arbeiter sparen.“<sup>67</sup>

Die Qualifizierungsarbeit wurde auch durch die befristeten Arbeitsverträge negativ beeinflusst. Manchmal ging bei Arbeitern, die gerade einen Qualifizierungskurs abgeschlossen hatten, der Arbeitsvertrag gleichzeitig zu Ende, so dass sie zu ihren ursprünglichen Wohnorten zurückkehren mussten.<sup>68</sup> Alle Bemühungen und Kosten, die für ihre Weiterbildung aufgewendet worden waren, wurden dadurch null und nichtig. Bei Facharbeitern, die nach der Arbeitszeit die Kurse besuchten, kam als erschwerender Umstand hinzu, dass sie bei Versetzung in einen anderen Betrieb an einen anderen Ort, wo der Bedarf nach ihnen größer war, den Kurs abbrechen mussten oder schlimmstenfalls der Kurs ganz aufgelöst wurde. Die staatlichen Ausgaben für die Weiterqualifizierung waren hoch, die tatsächliche Effizienz der Kurse blieb hinter den Erwartungen zurück.

### Schlussfolgerung

Das Metallurgische Kombinat ist das augenfälligste Beispiel der industriepolitischen Bemühungen der albanischen Kommunisten um Autarkie. Die wirtschaftliche Unabhängigkeit wurde in der ganzen Hoxha-Ära angestrebt, erschien der albanischen Führung aber erst durch die Unterstützung Chinas ab den sechziger Jahren mittelfristig erreichbar. „Stahl der Partei“ sollte sowohl einen entscheidenden Beitrag für die Industrialisierung des Landes verkörpern, als auch zur Schmiede des „neuen sozialistischen Menschen“ albanischer Prägung werden. Den albanischen Führern war die Tragweite der Entscheidung zum Bau des Werkes bewusst, und sie bemühten sich, durch eine umfassende Planung dafür zu sorgen, dass die zur Verwirklichung notwendigen Arbeitskräfte zur Verfügung standen und es nicht zu unvorhergesehenen Problemen kam. Die sowjetische Erfahrung und andere osteuropäische Stahlwerkprojekte im Blick, war man sich bewusst, dass Albanien im industriellen Bereich große Defizite besaß, was durch noch rigidere Mobilisierungsmaßnahmen als in den übrigen Ostblockstaaten wettgemacht werden sollte. Die örtlichen Stellen standen unter einem besonderen Druck seitens der Parteiführung und der Regierungsverantwortlichen. Sie sollten die benötigte Anzahl an Arbeitskräften fristgerecht zur Verfügung stellen und gleichzeitig für ihre Ausbildung sorgen. Durch legislative Maßnahmen sollte unkontrollierte Migration möglichst unterbunden werden. Dies war, wie sich in der Folgezeit herausstellen sollte, nicht zu realisieren.

Die Totalitätsabsichten des Regimes waren selbst in einem kleinen Land wie Albanien nicht zu verwirklichen. Ob infolge des chronischen Arbeitskräftemangels, der landesweiten Industrialisierungspläne, der Rückständigkeit der Landwirtschaft oder durch das geringe Maß an Bildung, das im Lande vorherrschte, jedenfalls konnten die

<sup>67</sup> AQSh, Komisioni i Planit të Shtetit, 14, 1974/8, S. 1-3.

<sup>68</sup> AQSh, KQ i PPSH, 14, 1982/114, S. 1-32.

lokalen Behörden die geforderte Zahl an Arbeitskräften nicht erbringen. Dies war das Ergebnis einer Industrialisierungsstrategie, die über die Kräfte des Landes hinausging. Die Betriebsleitung des Kombinats befand sich in der Zwangslage, die gesetzlichen Vorgaben zur Beschäftigung von Arbeitskräften unterlaufen zu müssen, um die Planvorgaben zu erfüllen, wodurch sie aber die illegale Migration förderte. Es scheint, als ob zwischen den örtlichen Behörden in Elbasan und den Verantwortlichen im Stahlwerk eine Art stillschweigendes Einverständnis herrschte mit dem Ziel, mit allen Mitteln das Stahlwerk mit der benötigten Arbeitskräfteanzahl zu versorgen, notfalls unter Ignorierung aller Vorgaben und Migrationsvorschriften durch die Betriebsleitung. Die Folge waren typische Erscheinungen unkontrollierter Migration, wie Wohnprobleme oder Arbeitskräftemangel in anderen Wirtschaftssektoren, womit die Führung der PAA nicht in diesem Ausmaß gerechnet hatte. Man musste sich jedoch den Erfordernissen anpassen, um das primäre Ziel, die Fertigstellung und Inbetriebnahme des Stahlwerks, Wirklichkeit werden zu lassen.

Die Industrialisierungspläne der albanischen Führung waren ehrgeizig, die Voraussetzungen hinsichtlich einer qualifizierten Arbeiterschaft jedoch kaum vorhanden. Das Land hatte 1969 etwas über 2 Millionen Einwohner, davon lebten mehr als 1,4 Millionen auf dem Land.<sup>69</sup> Durch Fortbildungskurse nach sowjetischem Beispiel sollten die Qualifikationsdefizite wettgemacht werden. Sie sollten die neuen Beschäftigten – die überwiegende Mehrheit waren ehemalige Bauern – in die Lage bringen, mit der komplexen Technologie selbständig umgehen zu können. Die chinesischen Partner waren dabei unentbehrliche Helfer, ihre Spezialisten bildeten das Rückgrat des Kombinats, wenn es um technologische Fragen ging. Der Bau des Stahlwerks, die anschließende Inbetriebnahme des Kombinats und die Qualifizierung der künftigen Arbeiter gingen Hand in Hand. Die Anreize für den Besuch der Kurse waren jedoch geringer, als die Wirtschaftsplaner es erwartet hatten, da die Lernbedingungen nicht optimal waren und die finanziellen Anreize sowie die Arbeitsbedingungen den Einzelnen nicht zur Teilnahme am Kurs motivierten. Auch der hohe Fluktuationsgrad der Belegschaft beeinträchtigte die Ergebnisse der Fortbildungskurse. Darunter litt die Arbeitsproduktivität insgesamt. Der volkswirtschaftliche Nutzen des Stahlwerks lag deshalb unter den Erwartungen. Was die erzieherischen Intentionen der albanischen Führung angeht, kann man sagen, dass das Kombinat einen starken soziokulturellen Einfluss auf seine Arbeiter ausübte. Um die Frage zu diskutieren, ob die Ergebnisse im Einklang mit den Erwartungen standen, bedarf es jedoch umfangreicherer Ausführungen.

---

<sup>69</sup> Michael SCHMIDT-NEKE / Örjan SJÖBERG, Bevölkerungsstruktur, in: Klaus-Detlev GROTHUSEN (Hg.), Albanien. Göttingen 1993, 464-490, 465.

## ABSTRACT

### **„New Plant, New Men“: The Recruitment Process for the Albanian Steel Factory „Steel of the Party“**

The Steelwork „Steel of the Party“ would be the most prestigious project of the industrialization of the socialist Albania and it meant a break in the communist industrialization policy. The process of the recruitment of the work force, which should deploy his construction, is in the focus of this article. The historical research has not picked the steelwork up as a central theme and there are not published studies, which are concerned with the Albanian worker in the State Socialism. The steelwork had not only to make the economic autarchy possible, but also to become a smithy of the “New Socialist Man“. It will be researched, which measures took the regime for providing enough qualified work forces for the construction and the putting into service of the steel plant and it will be responded the question, if the implementing of the measures was in accordance with the intentions of the communist leadership. Primarily, I will discuss about similar projects in other countries of the Eastern Block, so that I can analyze to what extent the economic planners in Albania have been influenced from these experiences. Subsequently, I will describe the concrete planes, which were developed for recruiting enough manpower for the steel plant. The local power authorities stood under special pressure on the part of the leadership of the party and of the government. They had to allocate the necessary work forces within the period prescribed and to care for their qualification at the same time. This proved to be impracticable in that way, despite the much rigid measures of the socialist regime by comparison with the other states of the Eastern Block. The local responsables had to map out strategies, so that they could keep the ideological demands and manage the routine problems. This, in turn, had unexpected effects, as the fluctuation of the work forces or the illegal migration with all their side-effects. The Chinese support also could not equalize the structural weaknesses of the Albanian economy. Even in a small country as Albania the Stalinist regime could not determine every aspect of the working life. In Elbasan it had to come to terms with the management as well as with the potential work forces.